

**25. Sitzung, Montag, 30. November 2015, 8.15 Uhr**Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)***Verhandlungsgegenstände****1. Mitteilungen**

- Antworten auf Anfragen Seite 1565
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 1565
- Zuweisung von neuen Vorlagen Seite 1565

2. Eintritt von acht neuen Mitgliedern des Kantonsrates

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Angelo Barrile, Zürich, Mattea Meyer, Winterthur, Regine Sauter, Zürich, Priska Seiler Graf, Kloten, Barbara Steinemann, Regensdorf, Hans-Ueli Vogt, Zürich, Bruno Walliser, Volketswil, und Claudio Zanetti, Gossau..... Seite 1566

3. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Barbara Steinemann, Regensdorf
KR-Nr. 292/2015 Seite 1568

4. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Claudio Zanetti, Gossau
KR-Nr. 293/2015 Seite 1569

5. Wahl eines Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Claudio Zanetti, Gossau
KR-Nr. 294/2015 Seite 1569

**6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für
Wirtschaft und Abgaben**

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Mattea
Meyer, Winterthur

KR-Nr. 295/2015 Seite 1571

**7. Wahl eines Mitglieds der Kommission für
Energie, Verkehr und Umwelt**

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Mau-
ro Tuena, Zürich

KR-Nr. 296/2015 Seite 1572

**8. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission
über die wirtschaftlichen Unternehmen**

für die aus der Kommission ausgetretene Esther
Straub, Zürich

KR-Nr. 297/2015 Seite 1572

**9. Wahl eines Mitglieds der Kommission für
soziale Sicherheit und Gesundheit**

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen An-
gelo Barrile, Zürich

KR-Nr. 298/2015 Seite 1573

**10. Wahl eines Mitglieds der Kommission für
Wirtschaft und Abgaben**

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen
Hans-Ueli Vogt, Zürich

KR-Nr. 299/2015 Seite 1573

**11. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Staat
und Gemeinden**

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Priska
Seiler Graf, Kloten

KR-Nr. 300/2015 Seite 1574

- 12. Mehr Freiheit im Planungs- und Baugesetz**
 Motion Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon),
 Barbara Schaffner (GLP, Ottelfingen) und Andreas
 Hauri (GLP, Zürich) vom 8. Juni 2015
 KR-Nr. 151/2015, Entgegennahmen als Postulat,
 keine materielle Behandlung..... Seite 1574
- 13. Förderung Erleichterung der Arbeitstätigkeit
 von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen
 Ausländerinnen und Ausländern sowie aner-
 kannten Flüchtlingen**
 Motion Daniel Frei (SP, Niederhasli), Gerhard Fi-
 scher (EVP, Bäretswil) und Jörg Mäder (GLP,
 Opfikon) vom 6. Juli 2015
 KR-Nr. 183/2015, Entgegennahme als Postulat,
 keine materielle Behandlung..... Seite 1575
- 14. Anpassung des Baustandards bei Kantonalen
 Hochbauprojekten**
 Postulat Roland Scheck (SVP, Zürich), Erich
 Bollinger (SVP, Rafz) und Josef Wiederkehr (CVP,
 Dietikon) vom 6. Juli 2015
 KR-Nr. 185/2015, Entgegennahme, keine materiel-
 le Behandlung Seite 1575
- 15. Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Klein-
 kinderbetreuungsbeiträge (KKBB) sowie Aufhebung
 Gesetzesbestimmung Beiträge für die Betreuung von
 Kleinkindern (KJHG) / Aufhebung Gesetzes-
 bestimmung Beiträge für die Betreuung von
 Kleinkindern (KJHG)**
 Antrag der Redaktionskommission vom 11. No-
 vember 2015
 KR-Nrn. 297b/2013 / 25b/2014 Seite 1576
- 16. Berufsbildung stärken und mehr Schutz für
 Lernende garantieren**
 Einzelinitiative von Fabian Molina, Illnau, vom 22.
 Juni 2015
 KR-Nr. 170/2015 Seite 1580

17. Verkehr, Verkehrsnetz und Verkehrsinfrastrukturen (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Adolf Flüeli, Winterthur, vom 29. Juni 2015

KR-Nr. 196/2015 Seite 1589

18. Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank

Antrag der Geschäftsleitung vom 7. Juli 2015

KR-Nr. 245/2015 Seite 1594

19. Publikationsgesetz (PublG)

Antrag der Redaktionskommission vom 28. Oktober 2015

5134b Seite 1613

20. Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten

Postulat Céline Widmer (SP, Zürich), Res Marti (Grüne, Zürich) und Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg) vom 23. März 2015

KR-Nr. 94/2013 Seite 1614

Verschiedenes

– Fraktionserklärung

– Erklärung der Fraktionen der SP, Grünen, BDP, GLP, EVP und AL zur Klima-Konferenz in Paris Seite 1624

– Persönliche Erklärung

– Persönliche Erklärung von Martin Arnold zur Fraktionserklärung zur Klima-Konferenz in Paris Seite 1625

– Rücktrittserklärungen

– Rücktritt aus dem Kantonsrat von Beatrice Krebs, Schlieren Seite 1626

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Das Wort hat Markus Späth.

Markus Späth (SP, Feuerthalen): Ich beantrage das Traktandum 5, Wahl eines Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG), von der heutigen Traktandenliste abzusetzen.

Ich begründe diesen Antrag in aller Kürze wie folgt: Einer der besten Kenner des schweizerischen Parlamentsrechts und der parlamentarischen Praxis hat an einem Vortrag vor wenigen Tagen im Zürcher Kongresshaus prägnant folgendes formuliert: Für eine erfolgreiche Oberaufsicht bedürfe es auf Seiten des Parlaments eines Gegenübers, das den Dialog führen wolle und auch könne. Zitat: «Die Fraktionen sollten deshalb dafür sorgen, dass nicht nur unerfahrene Ratsmitglieder in die Aufsichtskommissionen gewählt werden.» Was für normale Mitglieder gilt, ist bei der Besetzung des Präsidiums doppelt wichtig. Die SVP verletzt mit ihrem Vorschlag das zitierte Prinzip gleich mehrfach. Entsprechend kritisch wurde der Vorschlag in der IFK (*Interfraktionelle Konferenz*) aufgenommen. Es ist deshalb kein einstimmiger IFK-Vorschlag zustande gekommen.

Ich möchte klarstellen: Der Anspruch der SVP auf dieses Präsidium wird anerkannt und ist unbestritten. Die Verschiebung des Traktandums soll der Fraktion noch einmal Gelegenheit geben, die wichtige Besetzung des ABG-Präsidiums noch einmal zu überdenken. Im eigenen Interesse, aber auch im Interesse unseres Rats, seiner Glaubwürdigkeit und seines Respekts gegenüber den Hochschulen und Spitälern.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ich empfehle Ihnen namens der SVP-Fraktion, dem Antrag der SP auf Absetzung von Traktandum 5 der Traktandenliste nicht zu folgen, dem Antrag nicht stattzugeben und heute wie beantragt auch die Wahl vorzunehmen.

Was Sie gesagt haben, lieber Herr Kollege Späth von der SP, mag zum Teil ja zutreffen. Nur muss ich Sie dann auch ermahnen, zuerst vor der eigenen Türe zu wischen. Apropos Erfahrung: Wenn ich Ihre drei Mitglieder betrachte, die in der ABG Einsitz nehmen, sind sie genau auch im letzten Frühling beziehungsweise im letzten November gewählt worden. Sie haben genau eine erfahrene Person aus dem Jahr 2011: Herr Göldi (*Hanspeter Göldi*).

Und es gibt keinen Grund. Die Gespräche sind auch geführt worden über die Person von Herr Truninger (*René Truninger*). Warum sollte

ein Unternehmer mit respektabler parlamentarischer Erfahrung – das scheinen Sie vergessen zu haben –, zwar nicht in diesem Rat, aber in der Gemeinde Illnau-Effretikon, eine solche Kommission nicht führen können? Auch wenn ich die Kommission als Gesamtes betrachte, denke ich, ist sie gut durchmischt, mit Akademikern und Nichtakademikern, Absolventen von Hochschulen und Nichtabsolventen. Das braucht es. Es braucht nicht nur die eine Sicht, sondern es braucht auch die andere Sicht, und darum bitte ich Sie eindringlich, dem Antrag der SP nicht stattzugeben.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Ich bin als Vizepräsident der ABG mit dieser Problematik konfrontiert, und wir haben uns bemüht, dass die SVP das Problem oder unser Anliegen aufnimmt und auch lösen kann. Jürg Trachsel, du hast uns gesagt, wir haben keine adäquate Vertretung. Also, ich bin jetzt die zweite Amtsperiode in der ABG, ich bin auch Nichtakademiker – ich stehe dazu. Wir haben aber eine breit aufgestellte Vertretung, einerseits die das Bildungswesen anbelangt, andererseits die das Gesundheitswesen anbelangt. Was wir euch als SVP vorwerfen, das ist nicht nur, dass ihr den falschen Präsidenten stellt. Über das kann man diskutieren. Die Problematik ist, die vier Leute, die ihr in eine Aufsichtsbehörde stellt. Tut mir leid: Jedes Mitglied als einzelnes ist okay, aber diese Zusammensetzung, diese vier Personen in der Aufsichtskommission, das ist sehr schwierig, damit die Aufsichtskommission ihre Aufgaben erfüllen kann. Ich bitte Sie deshalb – in eurem Interesse – der SVP nochmals die Möglichkeit zu geben, eine entsprechende Person für das Präsidium aufzustellen. Ganz herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Wir werden über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Antrag zur Absetzung von Traktandum 5 von der Traktandenliste mit 92 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Traktandenliste ist genehmigt, wie sie ist.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf eine Anfrage zugestellt:

- KR-Nr. 220/2015, Sozialstandards bei der Beschaffung von Berufskleidern

Manuel Sahli (AL, Winterthur)

- KR-Nr. 208/2015, ZKB: Privilegien für das oberste Kader

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich)

- KR-Nr. 221/2015, Gestaltungsplan Kantonsspital Winterthur (KSW)

Dieter Kläy (FDP, Winterthur)

- KR-Nr. 243/2015, Zielländer der mit Reisedokumenten ausgestatteten Asylbewerber

Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)

- KR-Nr. 232/2015, Sofortige Rückführung der Wirtschaftsflüchtlinge aus Eritrea

Daniel Wäfler (SVP, Gossau)

- KR-Nr. 277/2015, Klärungsbedarf betreffend eine regierungsrätliche Antwort

Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich)

- KR-Nr. 260/2015, Beznau I

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 24. Sitzung vom 23. November 2015, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 181/2012 betreffend Gentech-Raps-Kontrollen entlang von Transitwegen**
Vorlage 5236

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Beschluss des Kantonsrates über die Erledigung der Motion KR-Nr. 226/2009 betreffend Rahmenkredit Erneuerung der kantonalen Gebäude**
Vorlage 5237

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Straf- und Justizvollzugsgesetz (StJVG)**
Vorlage 5239

2. Eintritt von acht neuen Mitgliedern des Kantonsrates

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Angelo Barrile, Zürich, Mattea Meyer, Winterthur, Regine Sauter, Zürich, Priska Seiler Graf, Kloten, Barbara Steinemann, Regensdorf, Hans-Ueli Vogt, Zürich, Bruno Walliser, Volketswil, und Claudio Zanetti, Gossau

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir dürfen heute acht neue Ratsmitglieder begrüßen.

Die Direktion der Justiz und des Innern hat uns folgende Verfügungen zukommen lassen. Herr Ratssekretär, bitte.

Ratssekretär Roman Schmid: Ersatzwahl der Mitglieder des Kantonsrates für die Amtsdauer 2015 bis 2019.

Die Direktion der Justiz und des Innern gestützt auf Paragraph 108 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003 verfügt:

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis V, Stadt Zürich, Kreise 7 und 8, wird für die auf den 23. November 2015 zurücktretende Regine Sauter, Liste 03 FDP, Die Liberalen, als gewählt erklärt:

Marc Bourgeois, Zürich.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XVII, Bülach, wird für die auf den 23. November 2015 zurücktretende Priska Seiler Graf, Liste 02 SP, Sozialdemokratische Partei, als gewählt erklärt:

Michèle Dünki, Glattfelden.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis V, Stadt Zürich, Kreise 7 und 8, wird für den auf den 25. November 2015 zurücktretenden Hans-Ueli Vogt, Liste 01 Schweizerische Volkspartei – SVP, als gewählt erklärt:

Nina Fehr Düsel, Zürich.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis III, Stadt Zürich, Kreise 4 und 5, wird für den auf den 23. November 2015 zurücktretenden Angelo Barrile, Liste 02 SP Sozialdemokratische Partei, als gewählt erklärt:

Tobias Langenegger, Zürich.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis X, Meilen, wird für den zurücktretenden Claudio Zanetti, Liste 01 Schweizerische Volkspartei – SVP, als gewählt erklärt:

Tumasch Mischol, Hombrechtikon.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XII, Uster, wird für den spätestens auf den 23. November 2015 zurücktretenden Bruno Walliser, Liste 01 Schweizerische Volkspartei – SVP, als gewählt erklärt:

Ulrich Pfister, Egg.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XVIII, Dielsdorf, wird für die zurücktretende Barbara Steinemann, Liste 01 Schweizerische Volkspartei – SVP, als gewählt erklärt:

Stefan Schmid, Niederglatt.

Als Mitglied des Kantonsrates im Wahlkreis XIV, Winterthur Stadt, wird für die auf den 23. November 2015 zurücktretende Mattea Meyer, Liste 02, Sozialdemokratische Partei, und anstelle der Ersatzkandidatin Regula Keller, Winterthur, welche eine Wahl abgelehnt hat, als gewählt erklärt:

Susanne Trost Vetter, Winterthur.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich bitte die Gewählten eintreten zu lassen.

Marc Bourgeois, Michèle Dünki, Nina Fehr Düsel, Tobias Langenegger, Tumasch Mischol, Ulrich Pfister, Stefan Schmid und Susanne

Trost Vetter, die Direktion der Justiz und des Innern hat Sie als Mitglieder des Kantonsrates als gewählt erklärt. Bevor Sie ihr Amt ausüben können, haben Sie gemäss Paragraf 5 des Kantonsratsgesetzes das Amtsgelübde zu leisten. Ich bitte, die Türe zu schliessen, die Anwesenden im Ratssaal und auf der Tribüne erheben sich. Ich bitte den Ratssekretär, das Amtsgelübde zu verlesen.

Ratssekretär Roman Schmid: «Ich gelobe als Mitglied dieses Rates, Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten. Die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie leisten das Amtsgelübde, indem Sie mir die Worte nachsprechen «Ich gelobe es».

Alle neuen Ratsmitglieder zusammen: «Ich gelobe es.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich danke Ihnen und heisse Sie herzlich willkommen. Sie dürfen ihre Plätze im Ratssaal einnehmen.

3. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Barbara Steinemann, Regensdorf

KR-Nr. 292/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Daniel Wäfler, SVP, Gossau

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Daniel

Wäfler als Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit als gewählt und gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Claudio Zanetti, Gossau

KR-Nr. 293/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Ulrich Pfister, SVP, Egg

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Ulrich Pfister als Mitglied der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit als gewählt und gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Wahl eines Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Claudio Zanetti, Gossau

KR-Nr. 294/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Für das Präsidium liegt kein gemeinsamer Vorschlag der IFK vor.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird das Wort gewünscht aus dem Rat? Jürg Trachsel hat es.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Namens der SVP-Fraktion schlage ich Ihnen René Truninger, Illnau-Effretikon, vor.

Ralf Margreiter (Grüne, Zürich): Sie haben es beim Antrag zur Traktandenliste von Markus Späth bereits gehört: In der IFK bestand grosse Skepsis gegenüber dem vorgeschlagenen Kandidaten der SVP.

Die SVP umfasst bestimmt geeignetere Personen für dieses Amt, wenn eine erfolgreiche Oberaufsicht, wie Markus Späth das skizziert hat, gewährleistet werden soll. Eine Person, die mit diesen Anstalten, die gross und höchst professionell sind, auf Augenhöhe verkehren kann. Wir schlagen darum, statt des von der SVP vorgeschlagenen René Truninger, Matthias Hauser vor.

Matthias Hauser ist ein ausgesprochen erfahrener Parlamentarier mit Erfahrung und Umsicht, ein Parlamentarier, der in Bildungsfragen höchst beschlagen ist und sich akribisch zu informieren und zu erkundigen weiss. Man muss mit Matthias Hauser nicht einer Meinung sein, um in ihm einen kompetenten Parlamentarier zu erkennen, der dieser Aufgabe bestens gewachsen wäre. Ich bitte Sie darum, Matthias Hauser zum Präsidenten der ABG zu wählen. Ausserdem beantrage ich geheime Wahl.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Ich teile die Ansicht von Ralf Margreiter, was die Angaben zu meiner Person betreffen (*Heiterkeit*), aber ich stehe für das Amt nicht zur Verfügung.

Jürg Trachsel (SVP, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Lieber Ralf Margreiter, auch ich bin gewissermassen ein bisschen berührt und gerührt über die wohlwollenden Wort, die du auf einmal über Matthias Hauser verlierst. Aber es wird nicht fruchten, du wirst unsere Fraktion nicht sprengen können, und ich beantrage Ihnen auch offene Wahl. Wenn schon, dann sollte man auch dazu stehen können, wen man wählen will in dieses doch so prestigeträchtige und wichtige Amt. Darum beantrage ich Ihnen offene Wahl.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 55 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), den Antrag auf geheime Wahl abzulehnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben zwei Wahlvorschläge auf dem Tisch. Eine Person verzichtet, sie hätte aber Amtszwang.

Abstimmung

Der Kantonsrat wählt mit 104 : 44 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) René Truninger, Illnau-Effretikon, als Präsidenten der Aufsichts-kommission für Bildung und Gesundheit.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich gratuliere René Truninger zur Wahl und wünsche ihm einen sehr guten Einstieg in seine Kommissionsarbeit und den übrigen Mitgliedern gutes Mitarbeiten und eine gute Zusammenarbeit. Vielen Dank.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Wirtschaft und Abgaben

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Mattea Meyer, Winterthur

KR-Nr. 295/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Birgit Tognella, SP, Zürich

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Birgit Tognella als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben als gewählt und gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Mauro Tuena, Zürich
KR-Nr. 296/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Tumasch Mischol, SVP, Hombrechtikon

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Tumasch Mischol als Mitglied der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr als gewählt und gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

für die aus der Kommission ausgetretene Esther Straub, Zürich
KR-Nr. 297/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Tobias Langenegger, SP, Zürich

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Tobias Langenegger als Mitglied der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen als gewählt und gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

9. Wahl eines Mitglieds der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Angelo Barrile, Zürich
KR-Nr. 298/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Esther Straub, SP, Zürich

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Esther Straub als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit als gewählt und gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

10. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Wirtschaft und Abgaben

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Hans-Ueli Vogt, Zürich

KR-Nr. 299/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Stefan Schmid, SVP, Niederglatt

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein

Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Stefan Schmid als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben als gewählt und gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

11. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Staat und Gemeinden

für die aus dem Kantonsrat zurückgetretene Priska Seiler Graf, Kloten

KR-Nr. 300/2015

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen einstimmig vor:

Michèle Dünki, SP, Glattfelden

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Paragraf 43 Michèle Dünki als Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden als gewählt und gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

12. Mehr Freiheit im Planungs- und Baugesetz

Motion Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Barbara Schaffner (GLP, Ottelfingen) und Andreas Hauri (GLP, Zürich) vom 8. Juni 2015

KR-Nr. 151/2015, Entgegennahmen als Postulat, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Ist der Erstunterzeichner mit der Umwandlung einverstanden. Das ist der Fall.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Die SVP verlangt Diskussion.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Postulat bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

13. Förderung Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen

Motion Daniel Frei (SP, Niederhasli), Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) und Jörg Mäder (GLP, Opfikon) vom 6. Juli 2015

KR-Nr. 183/2015, Entgegennahme als Postulat, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Herr Frei, sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Roland Scheck (SVP, Zürich): Ich verlange namens der SVP-Fraktion Diskussion.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Roland Scheck hat Diskussion beantragt. Das Postulat bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

14. Anpassung des Baustandards bei Kantonalen Hochbauprojekten

Postulat Roland Scheck (SVP, Zürich), Erich Bollinger (SVP, Rafz)

und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) vom 6. Juli 2015

KR-Nr. 185/2015, Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Ich verlange Diskussion.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Auch hier wurde Diskussion beantragt. Auch dieses Geschäft bleibt auf der Traktandenliste.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

15. Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) sowie Aufhebung Gesetzesbestimmung Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern (KJHG) / Aufhebung Gesetzesbestimmung Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern (KJHG)

Antrag der Redaktionskommission vom 11. November 2015

KR-Nrn. 297b/2013 / 25b/2014

Sonja Rueff (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft. Die einzige Änderung wurde in den Marginalien des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorgenommen, da dessen Paragraph 25 aufgehoben wurde.

Die Redaktionskommission beantragt Ihnen, entsprechend Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich beantrage Ihnen, die Redaktionslesung paragrafenweise durchzuführen. Ich habe aber vorher noch zwei Wortmeldungen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Ich begründe im Namen der AL den Ablehnungsantrag. Die Diskussion um die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge ist ein Trauerspiel. Die Diskussion legt aber auch ein Malaise offen, das im Kanton Zürich System hat. Mit dem Sanierungsprogramm San04 hat sich der Kanton aus der Verantwortung geschlichen und seine Beiträge an die Alimentenbevorschussung und

die Kleinkinderbetreuungsbeiträge (*KKBB*) ersatzlos gestrichen. Die Gemeinden waren aber nach wie vor gesetzlich verpflichtet *KKBB* auszurichten. Der Kanton kann unserer Meinung nach nicht Transferleistungen verordnen, die dann einzig und allein die Gemeinden be-rappen müssen. Die Alternative Liste kann darum den grossen Unmut der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten nachvollziehen, zumal den Gemeinden eine weitere wichtige Aufgabe aufgebürdet wurde. So sind die Gemeinden seit Januar 2015 in der Pflicht, ein familienergänzendes, subventioniertes Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter aufzubauen.

Es ist erstaunlich, wie schnell der Kanton Hand geboten hat, die *PI Camenisch* umzusetzen, und zwar im Schnellzugstempo. Es kommt fast der Verdacht auf, dass der Kanton Angst hat, er könnte von den Gemeinden bei der Finanzierung der *KKBB* wieder in die Pflicht genommen werden. Die Alternative Liste bedauert es sehr, dass keine anderen Lösungen gefunden wurden, als nun die *KKBB* ersatzlos zu streichen und damit ein niederschwelliges Angebot vor allem für alleinerziehende Mütter und Väter mit der Walze platt zu machen. Die Alternative Liste bedauert es sehr, dass die Kommission vorgängig zwar die Sozialkonferenz, den Gemeindepräsidentenverband und die kantonale Jugendhilfekonferenz angehört hat, die Betroffenen selber, vor allem aber die alleinerziehenden Mütter und Väter, sind nie angehört worden. Das ist eine höchst bedauerliche, paternalistische Vorgehensweise, die eher ins obrigkeitsfreundliche 19. Jahrhundert passt als ins 21. Jahrhundert.

Mit der Streichung der *KKBB* werden hauptsächlich alleinerziehende Väter und Mütter in die Sozialhilfe abgedrängt. Eine Streichung der *KKBB* auf dem Buckel von alleinerziehenden Vätern und Müttern und ein Abschieben in die Sozialhilfe ist für die Alternative Liste keine Lösung. Vor allem aber, meine Damen und Herren, mit der Abschaffung der *KKBB* werden die unbestritten anerkannten Versorgungslücken bei den familienergänzenden, bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten nicht geschlossen. Mit der Abschaffung der *KKBB* werden Mittel, die letztendlich Kindern zugutegekommen sind, ersatzlos gestrichen und sind damit für immer verloren.

Für die Alternative Liste macht eine Streichung der *KKBB* nur Sinn, wenn im Gegenzug das Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen in allen Gemeinden des Kantons ausgebaut würde, wie es beispielsweise die Stadt Zürich im Vorfeld der Diskussion versprochen hat. Die frei werdenden Mittel sollen also in die Subventionierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten umgelagert werden, so dass sich Familien und Alleinerziehende mit tieferen Einkommen

solche Angebote ebenfalls leisten können. Wir können uns vorstellen, dass sich der Kanton längerfristig ebenfalls an den Kosten dieses Angebots beteiligen muss.

In seiner Antwort auf eine Interpellation der Alternativen Liste hat der Stadtrat von Zürich versprochen, dass er im Falle einer Abschaffung der KKBB prüft, ob ein Teil der für die KKBB eingestellten Mittel dafür eingesetzt werden kann, um die bestehenden Lücken bei den subventionierten und damit bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten schneller als bisher geplant zu schliessen.

Aus den ausgeführten Gründen lehnt die Alternative Liste die PI 25/2014 von Linda Camenisch ab. Bitte unterstützen Sie uns und lehnen Sie die PI Camenisch ebenfalls ab. Besten Dank.

Monika Wicki (SP, Wald): Der Abschreibung der PI (297/13) stimmen wir selbstverständlich zu, denn diese ist überholt. Aber zum zweiten Punkt: Die SP wird der Abschaffung der KKBB nicht zustimmen. Wir lehnen die PI 25/2014 ab, denn wenn wir die KKBB heute abschaffen, werden rund 30 Millionen Franken nicht mehr den jungen, wenig bemittelten Familien zugutekommen. Das ist nicht gut.

Mit der Abschaffung der KKBB sollen die jungen Familien nun vermehrt zur Sozialhilfe gehen. Die Abschaffung der KKBB wird im Kanton insgesamt zu einer Zunahme der Sozialhilfe um rund 12 Millionen Franken führen. Und ich höre jetzt schon gewisse Kreise klagen über steigende Kosten in der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe. Und ich höre jetzt schon gewisse Kreise über Sozialhilfemissbrauch jammern. Und es ist sicher kein Honigschlecken in einem solchen Umfeld Sozialhilfe beziehen zu müssen.

Wie wir schon in der ersten Lesung dieses Gesetzes erklärten, die SP will das Geld für junge Familien erhalten und Gesetze schaffen, welche die Gemeinden verpflichten, in die frühe Förderung zu investieren, und erst dann die KKBB abschaffen. Leider fand unser Antrag auf Reduktion der KKBB das letzte Mal keine Mehrheit. Darum lehnen wir heute die definitive Abschaffung ab.

Wir müssen zuerst die gesetzlichen Grundlagen zur Stärkung der frühen Förderung schaffen, und erst dann die KKBB abschaffen. Und dabei vergleichen wir nicht Äpfel mit Birnen, sondern wir diskutieren über die Logik der Reihenfolge der Geschäfte. Und wir danken den Fraktionen, die sich entschlossen haben, diesen Weg mit uns, so und nicht andersherum zu gehen. Die Abschaffung der KKBB zum jetzigen Zeitpunkt ist abzulehnen.

*Redaktionslesung**Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)**Titel und Vorbemerkungen*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 14. März 2011 wird wie folgt geändert:

§§ 21 und 25

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist damit redaktionell durchberaten. Wir kommen nun zu den Anträgen zum Dispositiv auf Seite 1 der Vorlage.

Beschluss des Kantonsrates über die parlamentarischen Initiativen von Linda Camenisch betreffend Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) sowie Aufhebung Gesetzesbestimmung Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern (KJHG)

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. In Zustimmung zur parlamentarischen Initiative KR-Nr. 25/ 2014 von Linda Camenisch wird nachfolgende Gesetzesänderung beschlossen.

Minderheitsantrag von Judith Anna Stofer: *I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 25/2014 von Linda Camenisch wird abgelehnt.*

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 122 : 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Minderheitsantrag Stofer abzulehnen.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

16. Berufsbildung stärken und mehr Schutz für Lernende garantieren

Einzelinitiative von Fabian Molina, Illnau, vom 22. Juni 2015

KR-Nr. 170/2015

Die Einzelinitiative hat folgenden Wortlaut:

Art. 26 c. EG BBG wird wie folgt geändert:

¹ Der Fonds wird bis zum Höchstbetrag von 40 Mio. Franken geäuftet durch jährliche Beiträge der Arbeitgeber, die dem Kinderzulagengesetz vom 8. Juni 1958 unterstehen, sowie der Landwirtinnen und Landwirte, die landwirtschaftliche Angestellte beschäftigen.

² Der Beitrag eines Arbeitgebers oder einer Landwirtin oder eines Landwirts beträgt höchstens zwei Promille der AHV-pflichtigen Lohnsumme, die er oder sie gesamthaft ausrichtet. Der Regierungsrat legt den Beitragssatz fest.

³ Betriebe, die Lernende nach diesem Gesetz ausbilden oder Beiträge an einen branchenbezogenen Fonds gemäss Art. 60 BBG leisten, sind von der Beitragspflicht befreit.

⁴ Die Beiträge werden durch die vom Kanton anerkannten Familienkassen und von der kantonalen Familienausgleichskasse eingezogen.

Begründung:

Die Stimmbevölkerung sagte 2008 in einer Variantenabstimmung überraschend deutlich Ja zum Einführungsgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) mit Berufsbildungsfonds. Nach der Annahme durch das Volk trat der Berufsbildungsfonds 2010 in Kraft. Nach knapp fünf Jahren hat sich gezeigt, dass die Fondsgelder sinnvoll eingesetzt werden und ein erheblicher Bedarf an Finanzmitteln zur Unterstützung der Berufsbildung besteht. Bisher wurden vor allem überbetriebliche

Kurse, Berufsbildner/innen-Kurse und Infrastrukturkosten für das Qualifikationsverfahren sowie die Schaffung eines Lehrbetriebsportals finanziert. Gemäss Jahresbericht 20131 des Berufsbildungsfonds sinkt aufgrund der zahlreichen finanzierten Projekte dessen Bestand bis 2018 von 20 Millionen Franken auf rund zwei Millionen Franken. Ab 2019 können also kaum noch Projekte finanziert werden, was nicht dem Volkswillen entspricht. Alleine zur Weiterführung der bisherigen Projekte besteht also Handlungsbedarf.

Aus Sicht der Lernenden besteht aber auch andernorts Bedarf für Änderungen: Die Berufslehre ist heute nach wie vor sehr erfolgreich. Dennoch gibt es auch grosse Probleme. In einer repräsentativen Umfrage sagten 20142 55 Prozent der Lernenden in der Schweiz, dass sie noch nie eine Kontrolle des zuständigen Berufsbildungsamtes gesehen hätten. 64 Prozent der Befragten müssen wöchentlich Wochenendarbeit und 55 Prozent wöchentlich Überstunden leisten, was häufig gesetzeswidrig ist. 57 Prozent klagen darüber, häufig unbetreut am Arbeitsplatz zu sein. Dem kantonalen Berufsbildungsamt fehlen heute - auch aufgrund einschneidender Budgetkürzungen - die Mittel, um die Lehrverhältnisse ausreichend zu überprüfen und die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. Hier könnte über eine bescheidene Erhöhung der Mittel des Berufsbildungsfonds Abhilfe geschaffen und die Aufsicht über die Lehrverhältnisse im Interesse der Lernenden und der KMU verbessert werden. Schon heute sieht das EG BBG ausdrücklich vor, dass mit den Fondsgeldern «Betriebe, die Lernende ausbilden» unterstützt werden sollen. Ausserdem sieht er vor, dass die Berufsbildungskommission Massnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung finanzieren kann. Mit einer Änderung des Finanzierungsschlüssels könnte dem grossen Finanzierungsbedarf und den dringend notwendigen Kontrollen im Bereich der Berufsbildung Rechnung getragen werden.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben reduzierte Debatte beschlossen. Eintreten auf die Einzelinitiative ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Wir haben am 31. August beschlossen, dass Herr Fabian Molina an den Verhandlungen teilnehmen und die Einzelinitiative begründen kann. Er soll bitte eintreten.

Herr Molina, ich begrüsse Sie hier und gebe Ihnen zehn Minuten Zeit, um Ihre Initiative zu begründen.

Fabian Molina, Initiant: Es ist mir eine Freude, meine Einzelinitiative hier persönlich begründen zu können. Meine Einzelinitiative zielt auf etwas ab, das in diesem Haus eigentlich Konsens ist, nämlich die Verbesserung der dualen Berufsbildung.

Die duale Berufsbildung zu stärken, hatte auch das Stimmvolk im Sinn, als es 2008 deutlich ja zum Berufsbildungsfonds im Kanton Zürich sagte. Der Fonds hat ein einfaches Prinzip: Alle Arbeitgeber, die selber nicht ausbilden, bezahlen in einen Topf, aus dem dann die ausbildenden Betriebe unterstützt sowie überbetriebliche Angebote finanziert werden. Damit hat sich der Kanton Zürich zum Pionier in Sachen Berufsbildung in der ganzen Deutschschweiz gemacht, denn es profitieren alle Betriebe, die Gesamtwirtschaft, weil es genügend Lehrstellen gibt, aber auch die Lernenden, weil die Betriebe Unterstützung bei ihrer Ausbildung erhalten. Der Malus für die nichtausbildenden Betriebe ist mit 1 Promille der AHV-pflichtigen Lohnsumme sehr gering für eine sehr gute Sache.

Warum nun eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (*EG BBG*)? Fünf Jahre nach Einführung des Berufsbildungsfonds hat sich gezeigt, dass das System funktioniert. Die Praxis wird breit akzeptiert, und es kommt kaum zu Rekursen. Der Fonds finanziert zahlreiche Projekte, so dass sein Bestand gemäss Jahresbericht 2013 von heute rund 18 Millionen Franken auf rund 2 Millionen Franken im Jahr 2018 sinken wird. Es war aber nicht im Interesse des Volkes, den Fonds so zu leeren, dass in Zukunft keine Projekte mehr finanziert werden können. Eine Erhöhung der Fondsmittel durch maximal ein zusätzliches Promille ist deshalb angezeigt.

Der Fonds brachte für die jungen Arbeitnehmenden, dass die Lehrbetriebe bei der Ausbildung unterstützt werden. Insbesondere bei kleineren Betrieben ist das auch dringend notwendig. Jeder vierte Lernende ist gemäss einer Untersuchung der Fachhochschule Nordwestschweiz vom September dieses Jahres mit der Lehre unzufrieden. Auf einer Skala von 1 bis 6 erhalten die Lehrbetriebe von ihren Stifftinnen und Stifften im Schnitt nur gerade die Note 4,3 bei Männern respektive 4,2 bei Frauen.

Gemäss einer Studie der Unia (*Schweizer Gewerkschaft*) aus dem Jahr 2014 werden 57 Prozent der Lernenden verbotenerweise regelmässig am Arbeitsplatz alleine gelassen, und über die Hälfte der Lernenden müssen mindestens einmal im Monat Überstunden leisten. Dies verwundert kaum. 55 Prozent der Lernenden haben noch nie eine Kontrolle durch die zuständigen Berufsbildungsämter erlebt. Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gefährlich.

Wenn es in Zukunft weiter unattraktiv wird, eine Lehre zu machen, weil die Arbeitsbedingungen nicht stimmen und die Ausbildung keine Perspektive bietet, bringt das gesamtwirtschaftlich Probleme mit sich. Und es ist schäbig, wenn eine Generation, die voller Hoffnung neu ins Berufsleben startet, keinen guten Start bekommt, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen und den KMU die Unterstützung fehlt.

Genau dies wollen die 16'000 Unterzeichnenden einer Petition ändern, die Anfang Oktober von der JUSO Schweiz dem eidgenössischen Parlament übergeben wurde. Und mit dieser Einzelinitiative haben Sie die Chance, das im Kanton Zürich zu ändern und unsere Pionierrolle zu verteidigen. Damit die Berufslehre nicht weiter entwertet wird und es auch in Zukunft attraktiv ist, eine Lehre zu machen, brauchen die KMU die nötige Unterstützung und das Berufsbildungsamt die benötigten Mittel zur Aufsicht.

Schon heute sieht das EG BBG ausdrücklich vor, dass mit den Fondsgeldern Betriebe, die Lernende ausbilden, unterstützt werden sollen. Ausserdem sieht es vor, dass die Berufsbildungskommission Massnahmen im Bereich der beruflichen Grundbildung finanzieren kann. Eine gute Ausbildung sollte uns allen etwas wert sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Berufsbildung weiter zu verbessern und im Interesse der ausbildenden Betriebe und der Lernenden diese Einzelinitiative vorläufig zu unterstützen. Ich danke Ihnen.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Die Einzelinitiative will den maximalen Betrag des Berufsbildungsfonds von 20 auf 40 Millionen Franken erhöhen. Mit diesem zusätzlichen Geld sollen unter anderem auch die Betriebe stärker kontrolliert werden. Dieses Misstrauensvotum gegenüber den Lehrbetrieben, die sich in der Ausbildung von Jugendlichen engagieren, wird die FDP nicht unterstützen. Begründet wird die Initiative zudem mit der Behauptung, dass ab 2019 kaum noch Projekte finanziert würden und dass ein Handlungsbedarf bei den Betriebskontrollen bestünde.

Der Berufsbildungsfonds wurde in einer Zeit eingeführt, als es einen akuten Lehrstellenmangel im Kanton Zürich gab. Die Lehrbetriebe sollten eine finanzielle Unterstützung erhalten und dadurch einen zusätzlichen Anreiz erhalten, auch in Zukunft vermehrt Lernende auszubilden. Glücklicherweise hat sich diese Situation in den letzten Jahren doch merklich entschärft. Im Gegenteil, viele Lehrstellen bleiben heute unbesetzt. Der damals in gewerblichen Kreisen umstrittene Berufsbildungsfonds wurde in einer Volksabstimmung angenommen. Die Behauptung, dass dem Fonds und seinen Berufsbildungsprojekten das Geld ausgeht und ab 2019 kaum noch Projekte finanziert werden kön-

nen, ist nicht belegt. Jene die sich daran erinnern: Wir haben vor acht Jahren in diesem Rat dieses Projekt debattiert, und es ist eigentlich nie darum gegangen, über diese 20 Millionen hinaus mehr Geld einzulegen.

Um die Lehrbetriebe zu entlasten hat der Fonds 2014 20 Millionen Franken ausgeschüttet. Das ist der höchste Betrag seit Äufnung des Fonds überhaupt. Damit hat er 2014 mehr ausgeschüttet als er eingenommen hat, und das ist auch richtig so. Es soll ja nicht Geld auf die hohe Kante gelegt werden.

Völlig am Ziel vorbei schießt aber die Forderung, dass mit zusätzlichen Geldern die Kontrollen der Betriebe verschärft werden sollen. Den Ausbildungsbetrieben wird damit indirekt unterstellt, sie nützten die Lernenden aus. Mehr Kontrollen und eine Kontrollbürokratie wären die Folge. Das heutige System, das wir im Kanton Zürich kennen, kennt genügende Kontrollen. Da braucht es nicht zusätzliche Massnahmen. Bei groben Verstössen, kann bekanntlich sogar dem Betrieb die Befugnis entzogen werden, Lernende auszubilden. In diesem Sinne wird die FDP diese Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Wir sind uns einig, dass der Berufsbildungsfonds gut angelaufen ist und eine glückliche Sache ist, auch wenn sein Ursprungsziel, Förderung von Lehrstellen, mittlerweile ein Stück weit erreicht wird. Nach der Quantität kommt nun die Qualität, also nach der Quantitätssicherung die Qualitätssicherung.

Anfangs, auch das ist allgemein bekannt, gab es insofern Probleme, als dass der Fonds geüfnet und «gehäufnet» wurde, dass wenige Projekte wirklich eingereicht wurden. Doch inzwischen ist es klar, wozu man das Geld aus dem Fonds brauchen kann, so dass inzwischen auch tatsächlich mehr Geld raus fliesst, als reinkommt. Auch das ist keine schlechte Sache. Trotzdem, wenn wir nun wissen, dass ab 2018 die Ausgaben die Einnahmen stark übersteigen werden und ab 2019 die Projektfinanzierung nicht mehr gesichert ist, dann sehen wir doch, dass die Einzelinitiative Molina zum richtigen Zeitpunkt kommt.

Wir unterstützen diese Einzelinitiative vorläufig, weil es uns wichtig dünkt, jetzt die Diskussion darüber zu führen, wie Betriebe weiterhin unterstützt werden können und dazu auch im ganzen Berufsbildungssystem Projekte unterstützt oder auch ermutigt werden sollen, die auch die individuelle Förderung ermöglichen. Und dazu sind die aktuellen gesetzlichen Grundlagen nicht wirklich geeignet. Wir sehen diese Einzelinitiative also als Möglichkeit, jetzt die Diskussion zu führen und allenfalls auch Gegenvorschläge auszuarbeiten. Wir bitten Sie

daher, uns bei der vorläufigen Unterstützung zu unterstützen. Besten Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen unterstützen die Einzelinitiative vorläufig nicht. Fabian Molina verlangt mit seiner Initiative eine Verdoppelung der Arbeitgeberbeiträge an den kantonalen Berufsbildungsfonds. Er begründet dies mit sinkenden Fondsreserven und künftig fehlenden Projektgeldern und mit der Notwendigkeit einer Lehraufsicht.

Wir möchten daran erinnern: Das Zürcher Stimmvolk hat 2008 zwar Ja zum kantonalen Berufsbildungsfonds gesagt und damit auch Ja zur Unterstützung der Ausbildungsbetriebe und zur Förderung von innovativen Massnahmen im Bereich der Berufsbildung. Das Zürcher Stimmvolk hat aber auch Ja dazu gesagt, dass die für das Bildungswesen zuständige Direktion die Aufsicht über die berufliche Grundbildung ausübt.

Fabian Molina fordert mit seiner Einzelinitiative also nicht einfach nur eine Verdoppelung der Arbeitgeberbeiträge, sondern auch eine Erweiterung der Zweckbestimmung des Fonds um diejenige der Lehraufsicht. Dies lehnen wir Grünen ab. Wir sind klar der Auffassung, dass die Aufsicht über die berufliche Grundbildung Sache der öffentlichen Hand ist und über die öffentliche Hand finanziert werden muss. Kann die kantonale Aufsicht den Schutz der Lernenden nicht in genügendem Mass garantieren, ist dafür zu sorgen, dass sie mit den dafür nötigen Ressourcen ausgestattet wird.

Allein aufgrund sinkender Fondsreserven auf einen erhöhten Bedarf an Fondsmitteln zu schliessen, erachten wir ebenfalls als ungenügend. Es ist wirklich kein Ziel des Fonds, genügend Fondsreserven anzuhäufen. Zudem ist der kantonale Berufsbildungsfonds nicht die einzige Möglichkeit, innovative Projekte zu fördern. Es gibt inzwischen auch zahlreiche nationale Branchenfonds, die in diesem Bereich tätig sind, und es gibt auch eine Projektförderung des Bundes, die ihre Mittel jährlich nicht auszuschöpfen in der Lage ist.

Wir lehnen also diese Einzelinitiative ab. Der kantonale Berufsbildungsfonds darf nicht für das Problem einer mangelhaften kantonalen Lehraufsicht herhalten.

Peter Preisig (SVP, Hinwil): Das Geld für den Fonds soll aus den Taschen der Arbeitgeber kommen. Somit würden die Betriebe mehr belastet. Das bedeutet für den Staat weniger Steuern.

Diese Initiative ist nicht notwendig, da der Fonds jährlich mit rund 17 Millionen Franken gespeist wird. Die Aussage, dass es mehr Kontrollen braucht, ist daneben. Im heutigen System bestehen bereits genügend Kontrollen. Die Rahmenbedingungen für die Lernenden stimmen. Sicher gibt es ganz wenige Ausnahmen.

Der Berufsbildungsfonds ist unbestritten. Er ist zurzeit funktional. Ich bitte Sie, die Initiative nicht zu unterstützen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Manchmal kommen Vorstösse zur falschen Zeit. Dies ist hier sicher der Fall. Diese Einzelinitiative möchte quasi auf Vorrat den Berufsbildungsfonds auf das Maximum von 40 Millionen Franken erhöhen. Dazu möchte der Initiant die Arbeitgeber, welche keine Lehrlinge ausbilden, zur Kasse bitten. Angesichts des heute schwierigen Umfelds für die Wirtschaft kann die Initiative nicht überwiesen werden. Man sollte den Betrieben nicht noch mehr Steine und Kontrollen in den Weg legen.

Wir Grünliberalen wollen günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. Mit dieser Initiative ist das sicher nicht der Fall. Ausserdem orte ich die Probleme bei den Lehrstellen nicht wie der Initiant bei einem ungenügenden Schutz der Lehrlinge, bei ungenügender Betreuung oder bei zu wenigen Lehrstellenangeboten. Diese Punkte sind im Kanton Zürich recht gut umgesetzt. Es ist vielmehr so, dass nicht alle Lehrstellen besetzt werden können. Oft genügen die Bewerber den Anforderungen nicht und Lehrstellen für schulisch Schwächere sind rar. Also müsste man hier, wenn schon, die Hebel ansetzen, und zum Beispiel die Volksschülerinnen und Volksschüler in den Basiskompetenzen stärken. So würde die duale Berufsbildung gestärkt.

Gehen wir also mit den Geldern im Fonds sorgfältig um und finanzieren wir nur wirklich nötige Projekte. So wird es auch in Zukunft funktionieren. Wir Grünliberalen finden das Ansinnen der Einzelinitiative unvernünftig, und es steht in der heutigen Zeit quer in der Landschaft. Wir unterstützen die Einzelinitiative nicht.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird die Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen.

Der Berufsbildungsfonds ist seit seiner Einführung 2010 ein Erfolgsmodell und spielt eine wichtige Rolle in der Berufsbildung im Kanton Zürich. Zwar hat sich die Lehrstellenkrise, wie sie noch vor zehn Jahren im Kanton Zürich bestand, entschärft, und heute besteht sogar ein Überangebot an Lehrstellen, aber der Berufsbildungsfonds leistet nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Ausbildungsbereitschaft der Ar-

beitgeber und zur Lehrstellenvielfalt. Er trägt auch dazu bei, dass die Kosten in der Berufsbildung fair verteilt werden.

Der Berufsbildungsfonds macht einen guten Job, und ich sehe deshalb momentan keinen Grund, hier etwas zu ändern, zumal der Fonds erst fünf Jahre alt ist und sich teilweise noch in der Aufbauphase befindet. Einfach mehr Gelder auf Vorrat bei den Betrieben, die nicht ausbilden, zu erheben, ergibt deshalb keinen Sinn. Es ist deshalb für mich auch nicht nachvollziehbar, warum die Fondsobergrenze auf 40 Millionen Franken erhöht werden sollte. Dass das Geld ausgegeben wird und der Fondsbestand gegen null sinkt, ist eben ein Zeichen, dass der Berufsbildungsfonds eine gute Arbeit macht und das Geld an die Lehrbetriebe weitergeleitet wird.

Ein Kernanliegen der Einzelinitiative ist offenbar, dass die Kontrollen der Lehrbetriebe durch das Berufsbildungsamt intensiviert werden sollen. Nun, es lässt sich darüber streiten, ob es diese Kontrollen braucht und ob mit diesen Kontrollen die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe gefördert wird. Was aber mit Sicherheit gesagt werden kann, ist, dass für diese Finanzierung solcher Kontrollen nicht der Berufsbildungsfonds zuständig ist. Eine solche Finanzierung wäre zweckwidrig.

Der Berufsbildungsfonds wurde eingerichtet, um die Berufsbildung zu fördern und die Kosten, welche den Lehrbetrieben anfallen, gerecht auf die Wirtschaft zu verteilen. Zusätzlich sollen auch innovative Massnahmen in der beruflichen Grundbildung gefördert werden. Der Fonds ist aber nicht dazu da, um die allgemeine Staatstätigkeit zu finanzieren. Dazu sind Steuermittel vorgesehen.

Der Initiant zitiert den Unia-Lehrlingsreport. Das Problem, das durch diese Umfrage angesprochen wird, ist der mangelnde Vollzug der Sondervorschriften für jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsgesetz. Hier haben wir im Kanton Zürich tatsächlich ein Problem, denn im Kanton Zürich gibt es bezogen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wenigsten Arbeitsinspektoren im schweizweiten Vergleich. Hier besteht Handlungsbedarf, doch dies ist eine andere Baustelle und dazu ist nicht der Berufsbildungsfonds heranzuziehen. Wir werden nicht vorläufig unterstützen. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Dieser Vorstoss erinnert mich ein wenig an unsere fette Katze. Ständig steht sie da und will, dass man ihr den Topf füllt. Und wir mussten das wirklich in den Griff kriegen, und sie bekommt jetzt streng rationiertes Katzenfutter und eine Diät.

Der Vorstoss erinnert darum daran, weil wir soeben ein Schreiben bekommen haben vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt, dass uns aus diesem grossen Topf 500 Franken für unseren Lehrling ausbezahlt werden. Das ist sehr sympathisch, aber ich habe den Verdacht, dass Herr Molina diesen Vorstoss ein wenig im Zusammenhang mit dem Wahlkampf eingereicht hat. Die Wahlen sind vorbei, und jetzt geht es um den Inhalt dieses Vorstosses.

Molina moniert, dass zu wenige Kontrollen stattfinden in diesen Lehrbetrieben. Es ist aber tatsächlich fraglich, ob das auch wirklich nötig ist und ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Berufsbildung darstellt. Meine Erfahrung ist eine andere: Wenn Lehrlinge, aber auch Lehrbetriebe ein Problem haben mit dem Lehrverhältnis, findet man beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt offene Ohren und entsprechende Unterstützung. Präventiv Betriebe zu kontrollieren finde ich wenig hilfreich, und es kostet unnötige Ressourcen, sowohl beim Berufsbildungsamt als auch bei den betreffenden Betrieben.

Die heutige Mittelverwendung ist eingesetzt für überbetriebliche Kurse, Qualifikationsverfahren, berufsbildende Kurse und eben die erwähnten Ausbildungsbeiträge an die Lehrbetriebe. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt kündigt an, dass ab 2018 die Ausbildungsbeiträge aufgrund der geringeren Einnahmen etwas tiefer ausfallen. Das finde ich nicht tragisch, wenn die anderen Leistungen aufrechterhalten werden können, denn höhere Beiträge heisst ganz einfach, dass rund 11'000 KMU höhere Abgaben zu zahlen hätten. Wie andere Steuer- und Gebührenerhöhungen sind für mich solche Vorstösse zurzeit einfach nicht angezeigt, zumal hier ja gar kein dringendes Problem vorliegt.

Der Berufsbildungsfonds ist eine wichtige und gute Sache. An diesem muss man gar nicht rütteln, das ist klar. Aber um die Berufsbildung zu stärken müssen wir vorher beginnen. Wir haben Nachwuchsprobleme und nicht Kontrollprobleme. Ich denke wir müssen die Berufslehre wieder attraktiver machen und den Einstieg in handwerkliche Berufe so fördern, dass wir kein Nachwuchsproblem haben.

Einfach nochmals zur Katze: Seit sie eine Diät macht, ist sie beweglich und dynamisch, und so wollen wir uns auch in der Berufsbildung bewegen.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Wollen wir die KMU noch mit höheren Kosten belasten? Wir sind für die duale Berufsbildung, wir sind aber nicht dafür, dass wir zur jetzigen Zeit die KMU stärker mit Abgaben belasten. Denken Sie daran, es gibt viele KMU, die gar nicht

die Möglichkeit haben, Lehrlinge auszubilden, weil sie entweder zu klein sind oder in einer Branche tätig sind, in der sie keine Lernenden ausbilden können.

Es braucht im Moment auch nicht mehr Kontrollen. Die Aufgabe des Kontrollorgans gehört den Berufsbildungsämtern und muss nicht weiter verstärkt werden. Die Abgaben in der bisherigen Höhe von 17 Millionen Franken müssen ausreichen, und es besteht im Moment überhaupt kein Anlass, diesen Betrag zu erhöhen.

Die BDP wird diese Einzelinitiative auch nicht vorläufig unterstützen.

Fabian Molina, Initiant, spricht zum zweiten Mal: Anscheinend ist eine Diät für die fette Katze sinnvoll. Diese Diät wäre sehr bescheiden, nämlich ein weiteres Promille Katzenfutter weniger. Mit diesem Promille könnte aber sehr viel Sinnvolles getan werden. In einer Zeit, in der selbst die Arbeitgeberverbände von einem Problem beim Vollzug bei den Kontrollen sprechen, in einer Zeit, in der die Kontrolltätigkeit aufgrund der Sanierungsprogramme auch im Kanton Zürich zurückgefahren wird, wäre eine solche zusätzliche Finanzierung bei den Berufsbildungsverhältnissen zwingend notwendig.

Ich finde es sehr positiv, dass dieser Handlungsbedarf offensichtlich auch in der Grünen und in der AL-Fraktion geteilt wird, ich lade Sie aber ein, dem auch Taten folgen zu lassen.

Den bürgerlichen Fraktionen sage ich, dass dieser Vorstoss ein Schritt in Richtung Verursacherprinzip wäre. Es wäre an diesen Betrieben, jene Lehrbetriebe zu unterstützen, die genau dies tun. In diesem Sinn ist dieser Vorstoss keineswegs unvernünftig, sondern im Gegenteil sehr verhältnismässig, und ich lade Sie in diesem Sinn ein, diese Einzelinitiative vorläufig zu unterstützen.

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 170/2015 stimmen 39 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

17. Verkehr, Verkehrsnetz und Verkehrsinfrastrukturen (Reduzierte Debatte)

Einzelinitiative Adolf Flüeli, Winterthur, vom 29. Juni 2015

KR-Nr. 196/2015

Die Einzelinitiative hat folgenden Wortlaut:

Der in der Gemeinde Winterthur wohnhafte unterzeichnete Stimmberechtigte äussert hiermit gestützt auf § 23b. und § 24a. der Verfassung des Kantons Zürich sowie § 139 des Gesetzes über die politischen Rechte folgendes Begehren in Form des ausgearbeiteten Entwurfes:

Art. 104 der Verfassung des Kantons Zürich wird wie folgt geändert und ergänzt:

¹Kanton und Gemeinden sorgen für eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Ordnung des gesamten Verkehrs und für ein leistungsfähiges Verkehrsnetz (ergänzt) zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

(neu) 1 bis Sie richten die Planung der Verkehrsnetze für sämtliche Verkehrsträger des individuellen und öffentlichen Verkehrs als ausgewogen gestaltetes komplementäres Gesamtsystem proaktiv auf die jeweilige langfristig absehbare Nachfrage aus.

(neu) 1 ter Sie richten die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen für sämtliche Verkehrsträger des individuellen und öffentlichen Verkehrs als komplementäres Gesamtsystem proaktiv auf die jeweilige langfristig absehbare Nachfrage aus.

(neu) 1 quater Hierzu wird die Leistungsfähigkeit sowie der Bestand der jeweiligen Verkehrsinfrastrukturen indexiert, und hierzu die Bevölkerungszahl des Kantons Zürich vom 1. Januar 1980 als Basis definiert.

(neu) 1 quinquies Sie gewährleistet eine diskriminierungsfreie Nutzung sämtlicher Verkehrsträger des individuellen und öffentlichen Verkehrs sowie den diskriminierungsfreien Zugang zu sämtlichen Verkehrsinfrastrukturen.

(neu) 1 sexies Sie gewährleisten eine diskriminierungsfreie Finanzierung sämtlicher Verkehrsinfrastrukturen des individuellen und öffentlichen Verkehrs und finanzieren diese nach Massgabe der jeweils effektiv erbrachten Verkehrsleistung.

(neu) 1 septies Die materielle und immaterielle Besitzstandswahrung sämtlicher vor 1972 im Kanton Zürich erstellen Verkehrsinfrastrukturen wird in Analogie zu Art. 24c RPG des Bundes durch Erhalt oder Realersatz gewährleistet.

Begründung:

Verkehrsinfrastrukturen stellen den primären Wirtschaftsfaktor für den Wohlstand und die Sicherheit der Bevölkerung dar. Deren Ausbau soll gemäss der von Frau Bundespräsidentin Doris Leuthard unterschriebenen Weisung J455-118 betreffend Agglomerationsprogramme

vom Dezember 2010 Seite 8 derart ausgestaltet werden, dass der Einsatz der Mittel auf einer Gesamtkonzeption basiert, welche:

- Alle Verkehrsträger- und -mittel mit ihren Vor- und Nachteilen einbezieht

Diesem sehr weisen Ansatz soll auf der Stufe Kanton zum Durchbruch verholfen werden, sowie mit geeigneten Parametrisierungen entsprechende Transparenz für die Bevölkerung geschaffen werden.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Eintreten ist obligatorisch. Wird das Wort zur Frage der Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht? Das ist der Fall.

Roland Scheck (SVP, Zürich): Diese Einzelinitiative nimmt ein sehr berechtigtes Anliegen auf, denn das Bevölkerungswachstum hat unter anderem zur Folge, dass die Verkehrsinfrastruktur heute aus allen Nähten platzt, weil unser Verkehrssystem ursprünglich für eine geringere Verkehrsnachfrage dimensioniert worden ist. Das heisst, unsere Verkehrsinfrastruktur ist auf ein Szenario, welches wir noch vor der Masseneinwanderung hatten, ausgelegt.

Das führt nun dazu, dass heute, insbesondere während den Spitzenzeiten sowohl das ÖV- wie auch das Strassennetz überlastet ist. Diese Überlastung führt alleine im Kanton Zürich zu Staukosten von bis zu 140 Millionen Franken pro Jahr, und davon direkt betroffen ist nicht zuletzt auch das Gewerbe.

Vor diesem Hintergrund müsste man eigentlich meinen, dass im Kanton Zürich alles daran gesetzt wird, um der steigenden Verkehrsnachfrage gerecht zu werden, aber das Gegenteil ist leider der Fall. Vor allem die links-grün dominierten Städte haben sich längst von einer verantwortungsvollen Verkehrsplanung verabschiedet und produzieren stattdessen lieber ideologische Verkehrs-Klassenkämpfe. Mutwillige Kapazitätsreduktionen, systematische Verkehrsschikanen und Umerziehung der Autofahrer auf die vermeintlich «guten» Verkehrsmittel sind an der Tagesordnung.

Und hier setzt nun diese Einzelinitiative an. Sie fordert nichts anderes, als dass im Kanton Zürich wieder echte Verkehrsplanung, das heisst eine Verkehrsplanung nach wissenschaftlichen Grundsätzen und frei von politischen Ideologien, betrieben wird. Eine Verkehrsplanung, die den Menschen im Kanton Zürich und der Wirtschaft im Kanton Zürich dient. Eine Verkehrsplanung, die nicht einseitig auf die Benachteiligung eines bestimmten Verkehrsmittels ausgelegt ist, sondern eine

Verkehrsplanung, welche die paritätische Förderung aller Verkehrsmittel zum Ziel hat.

Die Einzelinitiative beinhaltet im Kern drei Themenbereiche: Erstens eine nachfrageorientierte Verkehrsinfrastruktur-Bereitstellung, zweitens die freie Wahl der Verkehrsmittel und Verkehrsträger und drittens eine leistungsbezogene Verkehrsinfrastruktur-Finanzierung. Nun, das sind Ziele, die wir seitens der SVP-Fraktion voll und ganz unterstützen können. Eine hochstehende Volkswirtschaft wie diejenige des Kantons Zürich ist auf ein leistungsfähiges und auch zu Spitzenzeiten nicht kollabierendes Verkehrssystem dringend angewiesen. Deshalb werden wir die Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Wir betrachten diese Einzelinitiative als Chance für den Kanton Zürich, und sie verdient es, von Regierung und Parlament vertieft behandelt zu werden.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Die Einzelinitiative will die bisherige Verkehrspolitik des Regierungsrates auf den Kopf stellen. Und es ist ja nicht so, dass diese heutige Verkehrspolitik des Regierungsrates bei den Grünen helle Begeisterung auslösen würde. Die Einzelinitiative des Herrn Flüeli will aber so ziemlich alles auf den Kopf stellen, was heute im kantonalen Richtplan einigermaßen brauchbar ist und was wir im Raumordnungskonzept im Richtplan beschlossen haben.

Wir haben unsere Anträge bei der Gesamtrevision des Richtplanes meistens so begründet, dass das Raumordnungskonzept (ROK) nicht konsequent umgesetzt wird. Mit dieser Einzelinitiative schaffen Sie aber wesentliche Teile des ROK, das unter anderem auch von der SVP unterstützt wurde beim Richtplan, gleich wieder ab. Und wer da jetzt als Ideologe dasteht, Roland Scheck, darüber kann man dann noch diskutieren.

Herr Flüeli will den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur an einen bevölkerungsabhängigen Index koppeln. Das ist ein völlig untauglicher Ansatz. Am einfachsten sieht man das bei der Luftfahrt, die Herr Flüeli auch einbezieht. Zum einen kommt hier die Nachfrage aus einem Perimeter, der weit über den Kanton hinausgeht und auch Gebiete der Grenzregion umfasst, zum anderen kompensieren die Airlines das Passagierwachstum mit grösseren Flugzeugen. Entsprechend ist die Zahl der Flugbewegungen seit Jahren stabil.

Herr Flüeli bezieht sich in seiner Einzelinitiative auf eine Weisung von Bundesrätin Leuthard zu den Agglomerationsprogrammen. Die Umsetzung der Agglomerationsprogramme basiert aber genau nicht auf einem linearen Ausbau aller Verkehrsträger, sondern auf einem

agglomerationsspezifischen Mix. Wer diese Einzelinitiative unterstützt, will das Raumordnungskonzept des Kantons Zürich wieder abschaffen. Die Grünen wollen das Gegenteil. Wir wollen eine konsequente Umsetzung des ROK.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Die FDP wird die Einzelinitiative vorläufig nicht unterstützen, weil sie in ihrem Detaillierungsgrad nicht auf Verfassungsebene verankert werden soll.

Nichtsdestotrotz, das Anliegen und die Stossrichtung der Einzelinitiative, den Verkehr, das Verkehrsnetz und die Verkehrsinfrastruktur als Gesamtsystem zu planen, zu steuern und zu finanzieren, entspricht durchaus den Zielen der FDP. Sie wird daher das Anliegen der Einzelinitiative mit entsprechenden Vorstössen aufnehmen. Besten Dank.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Auf die Einzelinitiative will ich gar nicht gross eingehen. Sie entspricht überhaupt nicht unseren Interessen. Aber auf das Votum von Herrn Scheck will ich doch noch kurz antworten: Sie wissen genau, die Nachfrage im Verkehr steigt deutlich stärker als die Bevölkerung und auch stärker als die Wirtschaft. Durch eine Begrenzung der Einwanderung kann also eine erhöhte Nachfrage nach Mobilität nicht gestoppt werden.

Und wir sind der Meinung, unsere Städte – und Sie sind auch Bewohner einer dieser Städte – machen eine vernünftige Raumplanung. Wir machen Raumplanung, indem wir verdichtetes Wohnen fordern, indem wir kurze Wege fordern, indem wir fordern, dass die Menschen in der Nähe ihrer Arbeitsplätze wohnen. Und diese Wege können sie dann problemlos mit dem öffentlichen Verkehr im verdichteten Raum oder mit dem Velo und zu Fuss erledigen. Daher brauchen wir nicht mehr Strassen.

Es ist richtig, dass unsere Verkehrsplanung eine Angebotsplanung macht. Wir befriedigen nicht jede Nachfrage. Wenn wir das machen, dann führt das zu einer Zubetonierung der Schweiz, und das wollen wir zuletzt. Daher werden wir diese Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen. Herzlichen Dank.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Diese Einzelinitiative ist sehr umfangreich. Nichtsdestotrotz wird die EDU sie unterstützen.

Wer den «Unterländer» (*Zürcher Unterländer*) vom letzten Donnerstag gelesen hat, kratzt sich am Kopf. Denn nun ist in den Gemeinden, zum Beispiel Winkel, eine Diskussion entbrannt über die Schliessung von Verbindungsstrassen zu anderen Gemeinden. Daher ist es not-

wendig, dass die Wünsche der Standortgemeinden in einem Gesamtverkehrskonzept betrachtet werden.

Sämtliche Verkehrsinfrastrukturen, sei es der ÖV oder der MIV (*motorisierter Individualverkehr*), erhalten bei der gegenwärtigen Bevölkerungszunahme und den damit verbundenen Mobilitätsbedürfnissen eine immer wichtigere Bedeutung. Ein starker Wirtschaftskanton muss daher die Verkehrsinfrastrukturen erhalten und unter Einhaltung der Nachhaltigkeit den Bedürfnissen anpassen. Dazu benötigt es eine Gesamtkonzeption, wie die Verkehrsströme in Zukunft gelenkt werden sollen. Das eigennützige und egoistische «Gärtlidenken» einzelner Gemeinden erreicht langsam ein ungesundes Ausmass.

In diesem Sinne möchte ich Sie ersuchen, diese Einzelinitiative zu unterstützen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 196/2015 stimmen 60 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

18. Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank

Antrag der Geschäftsleitung vom 7. Juli 2015

KR-Nr. 245/2015

Ratspräsidentin Theresia Weber: Auf der Tribüne begrüsse ich Jörg Müller-Ganz (*Präsident des Bankrats*) und Bruno Dobler (*Vizepräsident des Bankrats*).

Ihnen wurde heute ein Antrag auf Rückweisung der Vorlage verteilt. Diesen Antrag behandeln wir nach der Eintretensdebatte. Es liegt ein Minderheitsantrag von Esther Guyer vor, auf die Vorlage nicht einzutreten. Das Wort zum Eintreten hat der Referent der Geschäftsleitung, Marcel Lenggenhager.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau), Referent der Geschäftsleitung: Am 26. Mai 2015 verabschiedete der Kantonsrat das teilrevidierte Kantonalbankgesetz. Der Kantonsrat muss gemäss Artikel 6 Absatz 5

dieses ZKB-Gesetzes einen Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie errichten. Mit Beschluss vom 29. Juni 2015 genehmigte der Kantonsrat das Reglement über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die Zürcher Kantonalbank.

Im Zuge der Vorberatung dieses Geschäfts beauftragte die Geschäftsleitung die ZKB-Spezialkommission, ein Reglement für den Staatsgarantie-Fonds zu verfassen und dieses der Geschäftsleitung zur Antragsstellung zu unterbreiten. Diesem Auftrag kam die ZKB-Spezialkommission mit Schreiben vom 27. April 2015 nach.

Mit dem Legislaturwechsel am 18. Mai 2015 wurde die Spezialkommission dann aufgehoben. Bereits der Antrag der ZKB-Spezialkommission enthielt einen Minderheitsantrag betreffend Nichteintreten auf das Fondsreglement. Die Minderheit war der Meinung, dass die Äufnung des Fonds in der Höhe des Dotationskapitals der ZKB von 3 Milliarden Franken volkswirtschaftlich falsch sei. Das Dotationskapital und die Staatsgarantie seien nach der Kantonsverfassung nicht deckungsgleich. Zudem brauche es Jahrzehnte, bis der Fonds nach den Richtlinien des Entschädigungsreglements über die Staatsgarantie in der Höhe des Dotationskapitals geüfnet sei. Dieses Geld liege folglich brach, sollte nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen aber investiert werden können. Die Konstruktion des Fonds sei in sich schon falsch. Der Fonds könne seinen eigentlichen Zweck, die Absicherung der Staatsgarantie gar nicht erfüllen, besser sei es auf die gesetzgeberischen Entscheide zurückzukommen und diesen Fonds aus dem ZKB-Gesetz zu streichen.

Die Geschäftsleitung nahm diese Argumentation ernst und klärte in den Fraktionen, ob dieses Ansinnen allenfalls mehrheitsfähig sei. Die Mehrheit der Geschäftsleitung ist aber der Ansicht, dass gesetzgeberische Aufträge nicht ohne Grund einfach umgestossen werden sollen. Der Gesetzgeber hat den Kantonsrat beauftragt, einen Fonds einzurichten. Dieser Fonds ist dem Eigenkapital zuzurechnen und soll dem Kanton garantieren, bei einer allfälligen Ziehung der Staatsgarantie genügend flüssige Mittel zur Verfügung zu haben. Es geht nicht darum, dass der Fonds die ganze Staatsgarantie abdeckt, sondern dass im Krisenfall genügend flüssige Mittel vorliegen. In diesem Sinne erfüllt der Fonds seinen Zweck durchaus und stärkt das Vertrauen in die Kantonalbank sowie in die Handlungsfähigkeit des Kantons.

Die Geschäftsleitung behandelte das Fondsreglement an ihren Sitzungen vom 18. Juni und 2. Juli 2015 und verabschiedete es mit 9 zu 5 Stimmen. Somit beantragt Ihnen die Geschäftsleitung, das Fondsreglement anzunehmen. Eine Minderheit beantragt aus den bereits ausgeführten Gründen, auf das Reglement nicht einzutreten. Zudem haben

Sie heute Morgen zusätzlich einen Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion zu dieser Vorlage auf Ihrem Tisch. Ich danke Ihnen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Wie bereits in der Weisung erwähnt haben die Mitglieder der Fraktion der Grünen schon bei der Verabschiedung dieses Reglements in der ZKB-Spezialkommission einen Antrag betreffend Nichteintreten auf dieses Reglement gestellt. Die Beratungen in der Geschäftsleitung haben nun immerhin dazu geführt, dass einige Fraktionen mehr unsere Haltung teilen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Anhäufung des Fonds in der Höhe des Dotationskapitals der ZKB von rund 3 Milliarden Franken volkswirtschaftlich falsch ist. Es wird hier Jahr für Jahr eine grosse Menge Geld parkiert, mit der man für den Kanton Zürich Sinnvolles machen könnte.

Das Dotationskapital und die Staatsgarantie sind zudem zwei ungleiche Grössen. Niemand weiss, wie hoch die Verpflichtungen des Kantons allenfalls sein werden, wenn denn die Staatsgarantie zu tragen kommt. Das kann viel weniger als das Dotationskapital sein, aber auch viel mehr. Niemand, aber auch wirklich niemand weiss das, ist es doch so, dass zuerst die Kantonalbank liquidiert werden muss, und erst wenn keine Vermögenswerte mehr vorhanden sind, muss der Kanton den dann noch bestehenden Ausfall bezahlen.

Die vorliegenden Mittel dürfen auch nicht verwendet werden, um die ZKB in einer Krise zu unterstützen. Die Bestimmung in Paragraph 5 des Reglements ist klar, lautet sie doch: «Die Fondsmittel werden ausschliesslich zur Deckung der Verbindlichkeiten der Zürcher Kantonalbank verwendet, wenn deren eigene Mittel nicht mehr ausreichen.» Und diese Bestimmung heisst nichts anderes, als dass die Fondsmittel nur eingesetzt werden, wenn alle anderen Mittel der ZKB ausgeschöpft sind, was erst bei einer Liquidation der Bank der Fall sein dürfte.

Das Bestreben der ZKB, aber auch das des Kantons und des Regulators in Bern, der die ZKB systemrelevant erklärt hat, ist es aber, alles und nun wirklich alles zu tun, damit der Liquidationsfall überhaupt nicht eintritt. So wird alle Voraussicht nach der Kanton viel früher Geld der ZKB zur Verfügung stellen, welches eben das Überleben der Bank sichern wird und nicht dazu führen wird, dass die Bank liquidiert wird. Dazu stehen ihr aber die Fonds-Gelder nicht zur Verfügung.

Zusammenfassend ist die Einlage der Abgeltungsgelder für die Staatsgarantie in einen Fonds eine Fehlkonstruktion. Die Äufnung des

Fonds bis zur Höhe des Dotationskapitals eine falsche Zielgrösse und die Verwendung zum Zeitpunkt nach der Liquidation kein taugliches Mittel, um die ZKB in einer Krise zu unterstützen.

In diesem Sinne beantragt die Fraktion der Grünen mit der CSP auf dieses Reglement nicht einzutreten.

Noch ein Wort zur Rückweisung: Nach unserem Dafürhalten macht eine Rückweisung des Reglements mit dem Auftrag zur nochmaligen Bearbeitung wenig Sinn. Mit der Rückweisung will man, dass der Fonds nicht mehr in der Ertragsrechnung aufgeführt wird. Der Referent der Geschäftsleitung hat es gesagt: Der Fonds wird dem Eigenkapital zugerechnet. Das ist auch gemäss Paragraph 39 Absatz 3 CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) für Fonds so vorgesehen, weshalb nach unserer Meinung keine Rückweisung zu erfolgen hat.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Ich fasse mich für mein erstes Votum kurz: Die SVP-Fraktion wird die Rückweisung dieses Reglements ablehnen. Wir haben in der Kommission lange und ausgiebig über dieses Reglement diskutiert. Wir haben auch den Entscheid dieses Parlamentes oder des Gesetzgebers respektiert, der im ZKB-Gesetz festgehalten hat, dass eben ein solcher Fonds zu schaffen ist. Die Mehrheitsverhältnisse damals bei der Abstimmung über das ZKB-Gesetz waren relativ klar. Und wir haben uns auch schon damals über Sinn und Unsinn eines solchen Fonds unterhalten, aber die Mehrheit dieses Parlaments war der Meinung, dass es zweckmässig ist, einen solchen Fonds einzurichten, um diese Staatsgarantie abzusichern, weil davon auszugehen ist, dass in diesem Fall, wenn die ZKB in Schieflage geraten würde, eben auch der Kanton in Schieflage wäre und damit die Liquidität nicht sicher gestellt wäre, um die Staatsgarantie tatsächlich auch auszahlen zu können. Also macht es Sinn, dieses Geld beiseite zu legen. So hat es auch die Kommissionmehrheit damals entschieden.

Es stimmt natürlich, Beat Bloch, dass die Staatsgarantie und das Dotationskapital nicht deckungsgleich sind. Das können wir heute auch gar nicht beurteilen, wo dann die Staatsgarantie liegen würde. Das ist die Diskussion um des Kaisers Bart. Ich erinnere daran: Heute würde es 150 oder 140 Jahre dauern, bis der Level des Dotationskapitals durch die Einlagen in den Fonds erreicht würden, also können wir uns hier festlegen, dieses Reglement einstweilen so zu verabschieden und spätere Parlamentsgenerationen, die es vielleicht geben wird, die werden sich wieder Gedanken darüber machen können, ob dann allenfalls das Geld auch für einen Sanierungsfall herangezogen werden sollte, was

Sinn machen könnte – theoretisch. Aber heute bestimmen wir über dieses Reglement, und ich werde zusammen mit der SVP-Fraktion dem Reglement zustimmen und beantrage Ihnen, Gleiches zu tun. Besten Dank.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Die SP-Fraktion sagt in jeder dieser Debatten das Gleiche: Vertrauen ist im Bankgeschäft das A und O, ohne Vertrauen geht da gar nichts. Und wir wissen, wie das Vertrauen in die Finanzkraft des Kantons Zürich direkt davon abhängt, wie das Vertrauen in die Bonität der ZKB ist. Wir wollen beides nicht gefährden.

Wer es gefährden will, der sorgt dafür, dass alle paar Monate in diesem Haus über den Zusammenbruch der ZKB diskutiert wird und dass dieser Zusammenbruch an die Wand gemalt wird. Auch das wollen wir nicht, und es ist in keiner Art und Weise realistisch, wenn man die finanzielle Situation der ZKB als eine der bestfinanzierten Banken der Welt richtig anschaut.

Wer dauernd diese Debatten anstossen will, handelt unserer Meinung nach verantwortungslos. Die volkswirtschaftlichen, finanzpolitischen und ethischen Debatten über die ZKB führen wir hingegen gerne, aber nicht immer mit dem Fokus Liquidierung oder Zusammenbruch der ZKB. Deshalb treten wir auf dieses Reglement ein, und wir sind nicht der Meinung, dass es an die Geschäftsleitung zurückgewiesen werden soll.

Es handelt sich ja hier um das Versicherungsmodell, das die Grünen immer abgelehnt haben, das kann man respektieren. Dieses Versicherungsmodell sagt, wir, der Kanton Zürich, sind eine Versicherung. Der Kantonsrat ist der Versicherungsberater, die Abgeltung ist die Prämie für diese Versicherung, und diese Prämien sind Kosten für die ZKB.

In der Finanzkommission wurde aufgrund des CRG ja entschieden, dass die Einnahmen aus dieser Prämie als Gewinn beziehungsweise als Ertrag verbucht werden müssen. Dass diesem Ertrag im Moment noch kein Gegenposten gegenübersteht, das wird im Rückweisungsantrag der FDP moniert. Wir wollen aber keinen Automatismus beim Budget. Die Budgetdiskussion soll nicht über die Versicherungslösung der ZKB stattfinden, die soll beim Budget stattfinden. Deshalb lehnen wir diesen Rückweisungsantrag ab.

Den Grünen muss man sagen, dass es einen Fonds geben wird, das haben wir entschieden. Mir ist kein Vorstoss bekannt, das ZKB-Gesetz schon wieder zu ändern. Es gibt also diesen Fonds, und wir müssen heute also nur entscheiden, soll dieser Fonds über ein Regle-

ment geregelt werden oder nicht. Ein Fonds in der ausschliesslichen Verantwortung des Kantonsrates ist eine nicht nur kantonsweit, sondern schweizweit sehr spezielle Lösung. Und diese muss man speziell reglementieren. Deshalb drängt sich eben ein Reglement auf, das sagt, wie wir diesen Fonds managen.

Man kann nun sagen, der Fonds soll anders gemanagt werden, aber dass man gar kein Reglement will, das ist ein Entscheid auf der falschen Stufe. Wer das Gesetz wieder ändern will, soll das Gesetz ändern, wer das Abgeltungsreglement ändern will, soll dazu einen Vorstoss machen. Das können wir jederzeit diskutieren. Aber wie gesagt: Vertrauen ist alles im Bankgeschäft und die ewigen Debatten über den Zusammenbruch der ZKB wollen wir endgültig für einige Jahre beenden und stimmen deshalb Nein zum Nichteintretensantrag, Nein zum Rückweisungsantrag und Ja zum Reglement.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Die FDP beantragt Rückweisung zur Überarbeitung des Reglements für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank. Das Reglement ist so anzupassen, dass sowohl Zuweisungen wie Entnahmen aus dem Fonds grundsätzlich nicht erfolgswirksam sind.

Das Kantonalbankgesetz sieht den Fonds zur Absicherung des Risikos der Gewährung der Staatsgarantie für die ZKB vor. Bei der Ausarbeitung des Reglements steht somit nicht die Frage, ob es diesen Fonds nun überhaupt geben soll oder nicht im Zentrum, sondern wie dieser gehandhabt wird. Aus diesem Grund macht auch der Antrag auf Nichteintreten keinen Sinn. Wenn man den Fonds allenfalls als nicht zweckmässig betrachtet, dann muss dies im Gesetz und nicht durch Nichteintreten auf das Reglement angepasst werden.

Der Fonds, wie er nun im Reglement beschrieben wird, weist aber einen wesentlichen Konstruktionsfehler auf. Die Mittel, die in den Fonds fliessen, stammen von der Entschädigung der ZKB, also nicht aus Steuergeldern, und sind fest für den Fonds bestimmt. Sie werden gemäss Reglement aber für die Erfolgsrechnung dem Fonds zugewiesen. Dies führt dazu, dass das laufende Ergebnis besser dargestellt wird, als es ist, und so ein notwendiger Sparwille möglicherweise nicht zum Tragen kommt. Daran ändert die Bestimmung Artikel 4 Ziffer 2 nichts, die vorsieht, dass der Fonds bei der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs von der Rechnung ausgenommen ist. Diese Bestimmung greift ganz einfach zu kurz. Eigentlich müsste der Fonds dem Fremdkapital zugewiesen werden, was aber bilanztechnisch zu einer nicht anzustrebenden, laufend steigenden Verschuldung des

Kantons führen würde, weshalb die FDP auf eine diesbezügliche Stossrichtung verzichtet.

Da ein konkreter Änderungsantrag zum Reglement kaum ausgereift genug präsentiert werden kann, hat die FDP die Rückweisung des Geschäfts beschlossen. Wir nehmen dabei auch eine allenfalls notwendige Änderung des CRG in Kauf, was auch bei anderen Fonds, wie zum Beispiel dem Strassenfonds, einige Probleme lösen würde. Auch wenn der Rat das Geschäft gerne vom Tisch hätte, kann man in Anbetracht des Konstruktionsfehlers das Reglement nicht einfach durchwinken. Das Potenzial, Fehlanreize zu generieren, ist zu gross. Ich bitte Sie daher, den Antrag der FDP auf Rückweisung zu unterstützen. Besten Dank.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Es ist beileibe nicht das erste Mal und wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir hier über die ZKB und diesen Fonds reden. Ich habe eine kleine Hoffnung, dass es heute besser kommt und dass wir etwas ändern können.

Wir hatten uns in der ZKB-Debatte gegen diesen Fonds ausgesprochen. Sie erinnern sich, wir haben auf eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis durch Partizipationskapital gesetzt und unterlagen leider. Nun müssten wir eigentlich *contre cœur* einem Reglement zustimmen, weil ein Fonds geschaffen wurde und es dafür ein Reglement braucht. Wir haben in der Fraktion beschlossen, auf die Vorlage nicht einzutreten, im Wissen darum, dass es leider nicht genügend Fraktionen gibt, die diesen Schritt auch machen werden.

Jetzt liegt noch ein Rückweisungsantrag vor, der soeben begründet wurde, und wir werden diesen unterstützen, auch wenn er uns zu wenig weit geht, denn unser Anliegen ist, dass dieser Fonds, der seinen Zweck, die Absicherung der Staatsgarantie, auf vernünftige Weise nicht erfüllen kann, wieder aus dem ZKB-Gesetz gestrichen wird. Wir werden also Nichteintreten und bei Eintreten den Rückweisungsantrag unterstützen.

Der Sprecher der Geschäftsleitung hat gesagt, dass der Gesetzgeber den Kantonsrat beauftragt habe, etwas zu tun. Nun, nach unserer Meinung soll der Kantonsrat den Gesetzgeber, also den Kantonsrat, beauftragen, wieder etwas anderes zu tun. Schliesslich sind wir der Gesetzgeber und sollen Gesetze machen, und zwar hieb- und stichfeste Gesetze. Und deshalb nochmals: Ja zum Nichteintreten und auch Ja zur Rückweisung.

Und vielleicht muss jetzt heute die FDP über ihren Schatten springen und auch bei der Nichteintretens-Frage Ja sagen, denn, wir haben es

bereits gehört – die Stimmen werden zersplittert, und wir können uns noch nicht einigen auf ein vernünftiges Vorgehen. Ich appelliere also an die FDP, sich diesen Punkt nochmals zu überlegen. Denn nur so kann es eine Mehrheit gegen ein fehlgeleitetes Fondsreglement geben. Danke.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Die CVP empfiehlt Ihnen Nichteintreten auf das vorliegende Fondsreglement. Wir sind gegen das Reglement, weil wir schon grundsätzlich gegen diesen Fonds sind und waren. Kassen mit Zweckbindung sind eine schwierige Sache, das wissen Sie so gut wie ich, und wir haben starke Zweifel, dass dieser Fonds uns im Ernstfall tatsächlich weiterhilft. Er braucht Jahrzehnte, um geäufnet zu werden, und der Betrag wird kaum ausreichend sein. Der Fonds kann seinen Zweck, die Absicherung der Staatsgarantie im Ernstfall gar nicht erfüllen.

Die Befürworter des Fonds sagen immer noch, der Fonds stärke das Vertrauen in die Kantonbank sowie in die Handlungsfähigkeit des Kantons. Sind Sie da so sicher? Werden die Menschen im Kanton Zürich wirklich freudig applaudieren, wenn sie im Ernstfall trotz Fonds noch zusätzlich Steuermittel einschiessen müssen? Ich bezweifle dies wirklich sehr. Der Fonds ist ein Konstruktionsfehler, und es ist Zeit, dass wir dies gemeinsam erkennen.

Und ich stelle auch fest, dass diese Erkenntnis langsam reift. In vielen Fraktionen, auch in denen, die den Fonds ursprünglich unterstützt haben. Nur leider ist intern in den Fraktionen die vermeintlich beste aller Argumentationen stärker. Die lautet, wir haben damals zugestimmt, also stimmen wir auch heute zu. Und dazu kann ich nur sagen, es ist eine schlechte Argumentation und, zweitens, es ist nicht schlimm, gescheiter zu werden.

Insgesamt beantrage ich Ihnen, auf das Argument zu diesem unnützen und wirkungslosen Fonds nicht einzutreten. Den Rückweisungsantrag der FDP werden wir unterstützen. Wenn schon ein Fonds eingerichtet wird, dann darf er nicht erfolgswirksam und nicht verbunden mit dem ordentlichen Staatshaushalt sein.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Es ist unbestritten, dass wir in die ZKB Vertrauen haben, es ist unbestritten, dass sie eine, weltweit gesehen, beste Eigenkapitalbasis hat, es ist eigentlich kein Grund da, um der ZKB nicht zu vertrauen.

Nun haben wir einen Fonds beschlossen und wollen dort in zehn Jahren zum Beispiel 200 Millionen Franken einlegen. Das ist ja nett, aber

es ist nur ein Klacks. Und es würde, wenn es tatsächlich ein Problem gäbe, überhaupt nichts abdecken. Die ganze Verwaltung des Fonds ist auch sehr teuer und auch sehr aufwendig. Eigentlich müssen wir sagen, wir haben falsch entschieden, auch die EVP hat damals falsch entschieden.

Wir sind aber der Meinung, man kann klüger werden. Wir werden darum für Nichteintreten auf die Vorlage stimmen, weil wir der Meinung sind, der Fonds als solches ist infrage zu stellen. Für uns ist klar: Würde dieser Rat Nichteintreten beschliessen, dann heisst das nicht einfach, es geht zurück und man bastelt ein bisschen herum und sucht nach neuen Lösungen, sondern dann ist es ein klares Signal, dieser Rat hat umgedacht, wir möchten die Existenz dieses Fonds neu überprüfen. Und das heisst dann auch, dass die zuständigen Gremien, die das später bearbeiten, sich das überlegen müssen, ob sie einen Antrag stellen, um den Fonds gar nicht weiter existieren zu lassen. Das ist die Meinung und nicht, dass wir jetzt miteinander ein bisschen hin und her diskutieren.

Und nochmals: Die Beträge, die wir auf die Seite stellen, wenn wir 20 Millionen bei dieser Bilanzsumme der ZKB zurückstellen, ob jetzt das erfolgswirksam ist oder nicht, dann ist der Effekt derselbe. Das zaubert ein müdes Lächeln hervor, aber das ist das Einzige, das damit erreicht wird.

Die EVP wird für Rückweisung und für Nichteintreten stimmen. Wenn beides nicht sein wird, was ich ja nicht hoffe, weil Sie ja ein weiser Rat sind, dann würden wir am Schluss der Vorlage zustimmen, weil dann halt der gesetzliche Auftrag gilt, und den können wir nicht ignorieren.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Fraktion der Alternativen Liste wird auf die Vorlage nicht eintreten. Die Alternative Liste hat sich bereits anlässlich der Teilrevision des Kantonalbankgesetzes gegen die Einrichtung des Fonds zur Abgeltung der Staatsgarantie ausgesprochen. Folgerichtig hat auch die AL das Reglement über die Entschädigung der Staatsgarantie durch die ZKB abgelehnt.

Mit dem Antrag auf Nichteintreten unterstreichen wir erneut, dass die Einrichtung eines Fonds das falsche Instrument zur Abgeltung der Staatsgarantie ist. Oder anders gesagt: Es ist ein Trugschluss zu meinen, man könne die Staatsgarantie absichern oder versichern. Was der Kanton hier macht ist ein logischer Zirkelschluss. Eine Garantie soll durch eine Garantie abgesichert werden. Es stellt sich aber die Frage, ob die Garantie der Garantie garantiert ist. Diese verschlungene Frage

stellt sich in der Finanzwelt so: Lässt sich die Staatsgarantie durch einen Rückversicherer abdecken. Die Antwort ist klar und einfach: Nein.

Es ist richtig und aus Wettbewerbsüberlegungen notwendig, dass die ZKB dem Kanton die Staatsgarantie abgeltet. Aber bereits bei der Festlegung der Höhe unterlief der vorberatenden Kommission ein Systemfehler. Sie bemass die Höhe der Entschädigung für die Staatsgarantie nicht am Ausmass des Wettbewerbsvorteils, den die ZKB aus der Staatsgarantie zieht, was eigentlich korrekt gewesen wäre, nein, sie versuchte die Höhe wie eine Versicherungsprämie festzulegen. Und Herr Lais spricht folgerichtig auch von einer Versicherungslösung. Dies ist aber erstens sachfremd und zweitens unmöglich, weil sich eben die Staatsgarantie nicht versichern lässt.

Doch eine Fehlüberlegung kommt offenbar selten alleine. Weil die Mehrheit die Abgeltung der Staatsgarantie als Versicherungsprämie taxierte, folgerte sie daraus, dass die Gelder gehortet werden müssen für den Fall, dass irgendeinmal ein Schadensfall eintreten könnte. Die letzte Finanzmarktkrise ist noch nicht so lange her, und sie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, dass die kriselnden Banken nur durch staatliche Zuschüsse gerettet werden konnten. Es waren nicht die Versicherungen, die hier einsprangen, denn auch die Versicherungen waren damals am Kriseln. Die Rettung des Finanzmarktes kam nicht durch den Finanzmarkt selbst, sondern von aussen durch den Staat.

Der neu zu bildende Staatsfonds wird seine Gelder in Zukunft auch am Finanzmarkt anlegen müssen. Sollte aber dereinst der Finanzmarkt in die Krise geraten und allenfalls sogar die ZKB in der Existenz bedroht sein, dann ist anzunehmen, dass auch der Staatsfonds erheblich am Kriseln ist. Sollte dann dieser Staatsfonds liquidiert werden, dann dürfte der Finanzmarkt Zürich zusätzlich noch destabilisiert werden. Und es ist schon fast naiv, wenn das Reglement vorsieht, der Fonds dürfe nicht von der ZKB verwaltet werden. Ich frage Sie, sind denn diese Gelder bei der UBS oder bei der Raiffeisen in diesem Fall dann sicherer?

Fazit: Der Fonds ist unnütz und ist im Krisenfall keine Hilfe. Der Fonds ist dann selbst Teil des Finanzmarktsystems und von ihm kann keine Absicherung der Staatsgarantie erwartet werden. Wir treten nicht ein.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Der EDU ist es schon klar, dass es zu einem Fonds ein Reglement braucht. Und dieses Reglement liegt nun vor. Allerdings bietet sich heute die Gelegenheit, einen Fehlentscheid zu korrigieren, das heisst, den Fonds zur sogenannten Absiche-

rung der Staatsgarantie zu kippen. Dieser Fonds gaukelt Sicherheit vor, wird im Ernstfall aber kaum etwas bringen. Er bindet finanzielle Ressourcen, die sinnvoller eingesetzt werden könnten. Und auch hier braucht es wieder Verwaltungspersonal, das diesen Fonds hegt und pflegt. Nein, das alle können und wollen wir uns sparen.

Die EDU plädiert deshalb auf Nichteintreten.

Daniel Hodel (GLP, Zürich): Als ehemaliges Mitglied der ZKB-Spezialkommission bin ich jetzt schon ein bisschen überrascht über diese Debatte. Offensichtlich sind viele im Laufe der Zeit etwas gescheiter geworden. Wie Benno Scherrer bereits gesagt hat, waren wir Grünliberalen schon immer gegen diesen Fonds. Ich sage es noch einmal wie anlässlich der letzten Debatte: Da es nur einen Eigentümer, den Kanton, gibt, macht die Gewinnschmälerung um diese Absicherung keinen Sinn. Die ZKB könnte die 20 Millionen falls sie dann Gewinn macht – und die werden ja aus dem Gewinn genommen – trotzdem ausschütten, und der Kanton entscheidet selber, wann, wie oft Rückstellungen für eine Staatsgarantie gemacht werden sollten. Sprich auf eine ganz einfache Art: Er stärkt sein Eigenkapital – hoffentlich.

Ein Kontrollverlust zu beschliessen, ist nur ein Misstrauensvotum an unsere Regierung, sicher aber keine sinnvolle Lösung. Interessanterweise ist auch die FDP im Laufe der Zeit schlauer geworden. Einfach in letzter Minute. Leider aber nur etwas schlauer. Es braucht keine Rückweisung, sondern ein Nichteintreten. Besten Dank.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Herr Schucan, wir wissen natürlich schon, dass man das Gesetz ändern müsste. Das wäre eigentlich das Ziel gewesen, wenn man gemerkt hätte, ja, es gibt eine Mehrheit, die im zweiten Gang merkt, dass dieser Fonds eine Fehlkonstruktion ist. Man darf auch gescheiter werden, das muss ich hier allen sagen. Man darf auch merken, aha, da läuft etwas schief, und es läuft falsch.

Man muss auch bedenken, die Absicherung der Staatsgarantie wird ja als Aufwand verbucht. Dadurch gibt es dann weniger Gewinn, und damit schüttet die ZKB weniger aus. Und da muss ich mich fragen, zum Beispiel Herr Kündig (*Jörg Kündig*) von den Freisinnigen, der immer sagt, wir brauchen mehr Geld für die Gemeinden, wie vertreten Sie das in den Gemeinden, dass weniger Geld von der ZKB zur Verfügung steht? Da hätten Sie ruhig und ganz langsam auch gescheiter werden dürfen, dass das so nicht unbedingt laufen sollte. Das wäre doch schön gewesen. Sie hätten genug Zeit gehabt.

Dieser Fonds ist ein bürokratisches Monster. Er muss bewirtschaftet und beackert werden, und das sind auch Sie von der bürgerlichen Seite immer diejenigen, die sagen, ja nicht zu viel Staat, nicht zu viel Bürokratie, aber dann geben Sie sich einmal mehr Ihren rostigen Nagel (*gemeint ist der von der IG Freiheit verliehene «rostige Paragraph»*) selber zum Geschenk.

Ich meine, da besteht Handlungsbedarf. Wir könnten ruhig eine Änderung des Gesetzes machen. Wenn wir jetzt nicht Ja sagen zu diesem Reglement, dann ist das schnell gemacht. Wir wenden uns nur an uns selber. Wir können schnell legiferieren, und darum verstehe ich nicht, warum man nicht einmal, nur ein ganz kleines Mal in diesem Haus beim zweiten Schritt auch gescheitert werden kann. Danke.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen) spricht zum zweiten Mal: Wir müssen nun doch ein bisschen grundsätzlicher werden. Sie haben die herrlichen Schalmeienklänge von Kollegin Guyer gehört. Nun muss ich Ihnen sagen, hinter diesen Schalmeienklängen steht ein ganz anderes Konzept der Kantonalbank. Die Grünen haben immer gesagt, und das ist eine ehrliche und vertretenswürdige Position, die ZKB muss schrumpfen, sie muss kleiner werden, sie muss eine Hypothek- und Sparkasse für den Kanton Zürich werden. Dementsprechend, und das ist die logische Folgerung, haben Sie die Erhöhung des Kapitals natürlich abgelehnt. Das ist eine Konsequenz daraus. Über einen Fonds, über die Versicherung müssen wir nur deshalb so grundsätzlich diskutieren, weil wir bei der Erhöhung des Eigenkapitals der ZKB aufgrund von Basel III (*internationale Richtlinien zur Regulierung von Banken*) versagt haben.

Das sind nun grundsätzliche Diskussionen, die für viele von Ihnen neu sind, weil Sie da noch nicht im Rat waren. Es erstaunt mich aber, dass die Fraktionspräsidenten von CVP und EVP dieses kolossale Versagen verschweigen und jetzt nur noch über diesen Fonds diskutieren. Sie haben nicht Hand geboten, und die Freisinnigen haben auch nicht Hand geboten für ein höheres Dotationskapital, was wiederum ermöglicht hätte, dass die SP Hand geboten hätte bei den Partizipations-scheinen. Da waren wir nicht einfach verschlossen. Wir haben alle miteinander versagt, einen Kompromiss für die neuen Anforderungen an die ZKB aufgrund von Basel III zu schliessen. Und nun streiten wir einzig noch über das Reglement dieses Fonds, den man aufgrund eines anderen Reglements schaffen muss. Das ist doch lächerlich.

Und eine Rückweisung, ausgerechnet an die Geschäftsleitung, die nicht einmal proportional zusammengesetzt ist, ist doch keine Lösung für dieses fundamentale Versagen. Wir müssen, wenn wir über die

ZKB reden, über ihre Kapitalisierung und über ihren Auftrag streiten, und dann werden die Schalmeienklänge der Esther Guyer nicht zu einem sogenannten Gescheiterwerden, das in Wirklichkeit nur eine kolossale Verwirrung aufgrund dieser Schalmeienklänge darstellt, führen.

Die SP fährt einen ganz klaren Kurs, und ich hoffe, dass die SVP diesen Kurs auch mitträgt, auch wenn sie bei der Erhöhung des Kapitals nicht mitgemacht hat, was ein Fehler war aus ihrer Sicht. Ich hoffe, dass die SVP bei der klaren Linie bleibt und die ZKB aus dieser elenden Diskussion herausführt, damit wir die richtigen Diskussionen in diesem Rat wieder führen können.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ein kurze Replik an Ruedi Lais: Das ist natürlich übelste Geschichtsklitterung, die du da treibst. Uns konnte zu keinem Zeitpunkt erklärt werden, wieso die ZKB in diesem Ausmass zusätzliches Dotationskapital benötigt, weil sie extrem gut verpackt ist heute. Sie ist seriös aufgestellt, und alles, was darüber hinaus auf Vorrat hätte zur Verfügung gestellt werden sollen, das hätte die Gefahr in sich gehabt, zu «Casino-Jetons» zu werden. Dafür waren wir nicht bereit. Wir haben zu keinem Zeitpunkt verlangt, dass die ZKB schrumpfen muss. Der einzige, der in dieser Debatte stets über Liquidation und weiss was bei der ZKB redet, das ist der Ruedi Lais. Sonst redet hier niemand über dieses Thema.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden) spricht zum zweiten Mal: Es ist eingetreten, was zu befürchten war: Wir bringen es jetzt fertig, innerhalb von zweieinhalb, drei Jahren zum fortgesetzten Male die Grundsatzdiskussion über Sinn und Zweck der ZKB und die möglichen Sicherheitsrisiken für die ZKB oder umgekehrt für den Kanton zu führen.

Esther Guyer hat uns gesagt, dass man ja schlauer werden dürfe. Schön, Esther Guyer, wenn auch Sie zu neuen Erkenntnissen kommen. Nur muss ich Ihnen sagen, diese Erkenntnis kommt reichlich spät. Wir haben über ein Gesetz beschlossen in diesem Rat, wir haben das in der vorberatenden Kommission ausgiebig diskutiert, wir haben über das Reglement zur Abgeltung der Staatsgarantie ausgiebig diskutiert in diesem Rat, haben wieder die Grundsatzdebatte geführt, und heute sprechen wir noch über das Reglement über den Fonds. Also am Ende eines ganzen Prozesses kommen Sie zu einer neuen Einsicht, und das ist doch ein bisschen bemühend (*Zwischenruf von Esther Guyer*).

Ich danke Ihnen, wenn Sie mich aussprechen lassen. Es ist doch ein bisschen bemühend, weil wir dadurch über Jahre hinweg über mögliche Risiken dieser Bank diskutieren, die es in Tat und Wahrheit so eigentlich gar nicht gibt. Und wenn ich das zusammenfasse, sind eigentlich die SP und die SVP die einzigen Parteien, die dieser Bank noch die Stange halten. Alle anderen fahren einen unsäglichen Zickzackkurs, was diese Bank betrifft. Das ist verantwortungslos und ich komme damit zum Schluss, dass eigentlich das grösste Risiko für den Kanton und für die ZKB nicht bei der ZKB und nicht beim Kanton, sondern bei diesem Parlament liegt. Ich danke Ihnen.

Beat Bloch (CSP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es wird jetzt, wie das Martin Arnold gesagt hat, nicht mehr über dieses Fondsreglement diskutiert.

Ich möchte aber zwei Dinge hier in diesem Rat richtigstellen: Wir von unserer Fraktion haben in dieser Frage nie, aber auch gar nie einen Zickzackkurs gefahren. Ich kann Ihnen sagen, wie die Geschichte war: Ich selber habe in der Fraktion diese Fonds-Lösung der Fraktion einmal präsentiert, noch bevor sie überhaupt in der Kommission ein Thema war. Wir haben uns eingehend mit dieser Frage auseinandergesetzt und sind zum Schluss gekommen, dass diese Fonds-Lösung nichts Gescheites ist. Und diese Haltung haben wir durch alle Kommissionssitzungen und durch alle Beratungen durchgetragen. Wir haben nie unsere Meinung geändert, und wir stehen heute noch dazu, dass dieser Fonds keine Lösung ist, die dem Kanton etwas bringt.

Heute, Ruedi Lais, sprechen wir darüber, was der Kanton mit dem Geld, das er von der ZKB für die Abgeltung der Staatsgarantie bekommt, machen soll. Wir sprechen nicht über die ZKB, wir sprechen nicht darüber, wie sie aufgestellt ist und wie sie nicht aufgestellt ist, sondern darüber, was der Kanton mit diesem Geld anfangen soll. Und auch hier haben wir eine klare Meinung, dass es eben nicht in einen solchen Fonds mit einer Zielgrösse von mehreren Milliarden hineingehen soll.

Ein letzter Punkt: Die Grünen haben nie eine Reduktion, eine Verkleinerung der ZKB verlangt. Wir sind sehr glücklich, so wie die ZKB im Moment aufgestellt ist, so wie die ZKB geschäftet. Wir wollen sie nicht zu einer regionalen Spar- und Leihkasse machen. Wer so was behauptet und selber in der Kommission gesessen ist, der erzählt einfach Dinge, die so nie gesagt wurden.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Das Votum von Ruedi Lais und folgenden hat mich jetzt noch herausgefor-

dert. Es ist wirklich so, die letzte Revision des ZKB-Gesetzes war kein Ruhmesblatt für diesen Rat hier. Wir haben die ZKB geschwächt. Und ich darf Sie daran erinnern, es machen es jetzt ja alle reihum, die CVP hat damals Nichteintreten vertreten. Das alte ZKB-Gesetz war besser für die ZKB als das aktuelle, von uns revidierte.

Wir haben unter anderem darum Nichteintreten vertreten, weil wir diese Diskussion vorausgesehen haben. Und Ruedi Lais, was du vorhin versucht hast, du wolltest die Geschichte umschreiben, und ich muss das korrigieren. Wir haben damals Hand geboten zu einer moderaten Erhöhung des Dotationskapitals und wollten im Gegenzug die Partizipationsscheine erhalten. Die Partizipationsscheine wären eine Möglichkeit gewesen für die ZKB, ihre finanzielle Basis zu verbreitern. Sie haben diese Möglichkeit gestrichen, natürlich nicht alleine, so viele sind Sie ja nicht, und sie haben damit verhindert, dass die ZKB sich breiter aufstellen kann.

Wir sind dagegen, wir waren dagegen, gegen diese Stossrichtung, und wir lehnen darum auch das Fondsreglement heute ab, aber schieben Sie die Verantwortung für all das nicht uns in die Schuhe. Das haben Sie selbst zu verantworten.

Daniel Hodel (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es wurde jetzt sehr eloquent viel Mist erzählt, aber es bleibt Mist – muss ich ehrlich sagen. Und wenn wir jetzt eine Verknüpfung haben von der letzten Abstimmung über das Dotationskapital und über die Partizipationsscheine mit diesen 20 Millionen, die wir jetzt jährlich auf die Seite legen möchten, um die Risiken abzufedern, dann verlieren wir die Relationen aus dem Blick.

Und wenn Martin Arnold als ehemaliger Präsident der ZKB-Spezialkommission hier sagt, das Parlament ist das Risiko, dann muss ich ihm Recht geben. Aber das Parlament hat vor allem in der unheiligen Allianz zwischen SVP und SP beschlossen, dass die Risiken nicht verteilt werden auf mehrere Eigentümer, sondern dass der Kanton in der Haftung bleibt. Und das finde ich eigentlich sehr bedenklich, muss ich ehrlich sagen.

Roland Munz (SP, Zürich): Es ist doch noch nötig, gewisse Punkte richtig zu stellen: Die SP war immer dafür, dass mit der Abgeltung für die Staatsgarantie das Geld für den Notfall verwendet wird. Wir waren immer für die Versicherungslösung, wie Ihnen Ruedi Lais gesagt hat.

Nun ist es aber so, wenn man eine Versicherungslösung wählt, und das hat dieser Rat glücklicherweise getan, dann kann das Geld nicht

einfach in der laufenden Rechnung für irgendetwas verwendet werden, sondern es ist anzulegen für einen irgendwann denkbaren Notfall. Also ist ein Fonds zu schaffen. Man kann damit glücklich sein oder nicht, aber es ist ein logischer Schluss, ansonsten die Versicherungslösung nicht funktioniert.

Und jetzt kann man natürlich darüber streiten, wie hoch der Fonds sein muss. Die CVP oder die BDP haben auch gesagt, ja, wenn dann einmal ein Sanierungsfall eintritt, ist die Höhe dieses Fonds nicht relevant. Falsch, sie ist relevant. Vielleicht reicht es nicht aus, das mag dann sein, aber es ist besser, man hat einen schönen Teil einer nötigen Summe in einem Fonds bereits, als dass man gar nichts hat und vollständig allgemeine Staatsmittel braucht. Deshalb ist am Fonds festzuhalten. Wir bekennen uns nach wie vor dazu, und man muss sich auch an irgendeiner Grösse orientieren. Ob das das Dotationskapital ist, darüber lässt sich streiten, aber es ist jetzt einmal so festgehalten.

Und man muss auch noch den Grünen sagen, ja, ihr habt nie eine Verkleinerung der ZKB direkt gefordert. Aber indirekt habt ihr das, denn ihr wisst ganz genau, es kommen ständig und kamen ständig neue Eigenkapitalvorschriften vom Bund. Jetzt ist es so, wenn der Bund ständig höhere Eigenkapitalien fordert, und wenn wir hier drin zusammen in der Mehrheit beschlossen haben, einziger Eigenkapitalgeber ist der Kanton mit dem Dotationskapital, dann ist das Dotationskapital schlicht und einfach irgendwann wegereguliert, und wir müssen es erhöhen.

Das heisst, wer gegen eine Erhöhung des Dotationskapitals war und ist, ist indirekt für eine künftige Verkleinerung der ZKB, weil nur damit auch die prozentuale Eigenkapitalquote erhalten werden kann. Das ist so. Und deshalb werden wir uns nicht wundern müssen, wenn irgendwann, und zwar eher in näherer als fernerer Zukunft, wieder ein Antrag auf Dotationskapitalerhöhung kommt. Und wer nicht will, dass die ZKB schrumpft, der wird auch dann wieder der Dotationskapitalerhöhung zustimmen müssen und damit auch die Richtgrösse für den Fonds anheben müssen. Und dann wird auch der Fonds immer noch stärker ausgestattet. Ich danke, wenn Sie darum den Rückweisungsantrag ebenso entschieden ablehnen wie den Antrag auf Nichteintreten und dem Reglement zustimmen.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Es ist jetzt in der Diskussion sehr oft das Wort von Versicherungslösung gefallen, und es ist dermassen falsch interpretiert worden, dass ich jetzt doch einmal hier eine Korrektur anbringen möchte.

Wenn wir von Versicherungen sprechen, dann muss man sich wirklich einmal überlegen, was eine Versicherung eigentlich ist. Bei einer Versicherung geht es um den Ausgleich im Kollektiv. Und wenn Sie Versicherungen anschauen, dann stellen Sie fest, sie haben meistens mehr als einen Kunden, meistens hunderte, besser sogar tausende von Kunden. Dann können Sie einen Ausgleich im Kollektiv machen. Wenn jetzt der Kanton Zürich die ZKB rückversichert, dann hat er einen Kunden und, was hier noch dazukommt, der Kunde hat eigentlich seine Prämie selbst bestimmt. Wie oft ist Ihnen das passiert, dass Sie bei der Krankenkasse bestimmen konnten, wie hoch ihre Prämie ist? Das passiert Ihnen relativ selten. Was bei einer Versicherung auch noch typisch ist, sie hat nicht nur diesen Ausgleich im Kollektiv, sie sammelt auch das Geld und sie investiert das Geld laufend, sei es in Immobilien, sei es in Staatsanleihen, sei es in Aktien. Sie haben eigentlich alle drei Charakteristika einer Versicherung, Ausgleich im Kollektiv, der Versicherer bestimmt die Prämie und die Gelder, die geöffnet werden, werden reinvestiert, nicht erfüllt, und deshalb können Sie tatsächlich nicht von einer Versicherung sprechen, sondern allenfalls von einer Sicherheits-Scharade, die hier gespielt wird. Und die Scharade kostet uns einfach zwei, drei zusätzliche Beamte, die die Gelder halt ein bisschen verwalten müssen. Wir müssen allenfalls noch einen Bericht absegnen. So gibt es keinen Mehrwert, und schon gar nicht in der Sicherheit.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Einfach zur Geschichtsklitterung des Roland Munz: Die Grünen haben einer Erhöhung des Dotationskapitals um eine halbe Milliarde zugestimmt, und wir haben hier klar gesagt, wenn eine Notwendigkeit begründet werden kann, dann kann die ZKB wieder kommen. So war es und nicht anders.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun hat Regierungspräsident Ernst Stocker noch die Zeit, um zu sagen, wie es wirklich war (*Heiterkeit*).

Regierungspräsident Ernst Stocker: Sehr geehrte Damen und Herren, es ist Ihre Bank. Eigentlich dürfte ich das Wort gar nicht ergreifen. Sie haben diese gesetzgeberische Arbeit geleistet. Und ich muss sagen, ich bin etwas erschüttert, wenn ich heute Morgen zuhöre, und ich bekomme auch böse Ahnungen. Wenn es ums Geld geht, dann wird es laut und lebendig im Saal, und das wird ja im nächsten Monat auch so sein (*gemeint ist die Budgetdebatte*).

Meine Damen und Herren, wir wissen es, wenn man eine eigene Bank hat, wenn man ein eigenes Geschäft hat, dann gibt es Risiken. Diese Risiken sind da, und sie können heute, morgen und übermorgen nicht mit diesem Topf gedeckt werden. Es wurde richtig gesagt, es ist keine Versicherung, sondern der Fonds kann vielleicht in 50 Jahren einen adäquaten Beitrag zu den Risiken leisten. Das ist so.

Und einfach noch zur Verwaltung dieses Fonds: Die Tresorerie des Kantons Zürich verwaltet alle diese Mittel, und in dieser Tresorerie sind 400 Stellenprozent eingestellt. Und dieses «Föndslein» könnte locker mit den bestehenden Personalressourcen verwaltet werden.

Aber was mir mehr Kummer macht, muss ich Ihnen sagen, ist, dass Sie sich über die viertgrösste Bank dieses Landes und insbesondere über ihre Risiken auslassen. Meine Damen und Herren, wenn das börsenrelevant wäre, dann wäre das himmeltraurig. Nein, ich meine das ernst! Ich finde das nicht gut! Das Parlament sollte sich diesbezüglich gut überlegen, was man für Signale aussendet. Wenn ich Sie nämlich höre, dann müssten wir die gesamte Ausschüttung des Kantons und der Städte und Gemeinden in einen Topf einlegen und einfrieren, um die Risiken abzudecken. Und dann will ich einmal schauen, wer hier drin noch dafür ist. Dann trifft es dann nämlich jeden einzelnen, seien es Gemeinden oder den Kanton.

Und jetzt reden wir von diesen 20 Millionen nach einem langen Gesetzeswerk. Die 20 Millionen sind festgelegt, die ZKB hat mir zugesichert, dass das Geld dieses Jahr noch überwiesen wird. Das habe ich auch abgeklärt. Und es geht jetzt darum, wie man diese 20 Millionen einlegt. Und es wäre ja eine satte Mehrheit in diesem Rat, wenn nicht der Antrag der FDP gekommen wäre. Und ich muss Ihnen einfach sagen, er kommt mir etwas kleinkrämerisch vor, Herr Schucan. Ob Sie diese 20 Millionen jetzt in der Erfolgsrechnung verbuchen, und das CRG und alle Reglemente ändern, das macht den Hasen nicht feiss, sage ich Ihnen. Das ändert eigentlich nichts, ich habe es Ihnen gesagt.

Wenn es einen Schaden gibt oder das Eigenkapital der ZKB aus irgendeinem Grund durch den Kanton erhöht werden müsste, dann wird das auch erfolgsrechnungswirksam sein. Das wird sich im KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) niederschlagen, im mittelfristigen Ausgleich, und darum muss ich Ihnen wirklich sagen, diese Frage ist vielleicht in 50 Jahren relevant. Und dann, meine Damen und Herren, wissen wir sowieso nicht, wie das Ganze aussieht.

Daher bin ich der Meinung: Genehmigen Sie dieses Reglement. Wenn Sie in dieser Legislatur keine grösseren Fehler machen, meine Damen und Herren, dann bin überzeugt, der Kanton Zürich hat ein hervorragendes Parlament. Lehnen Sie die Anträge ab, und stimmen Sie dem

1612

Antrag der Geschäftsleitung zu, und lassen Sie die ZKB ihre Arbeit tun. Wir sind ja alle froh, wenn es ihr gut geht und wenn es dem Finanzplatz gut geht, denn das ist ein wichtiger Teil der Wirtschaft des Kantons Zürich. Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen und dem Reglement zuzustimmen. Besten Dank.

Eintreten

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), auf die Vorlage KR-Nr. 245/2015 einzutreten.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun liegt ein Antrag der FDP auf Rückweisung der Vorlage vor. Wir stimmen nun über die Rückweisung ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 62 Stimmen (bei 9 Enthaltungen), den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Es wird ein Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank erlassen:

§§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten. Sie geht an die Redaktionskommission. Die Redaktionslesung findet in etwa vier Wochen statt.

Das Geschäft ist erledigt.

19. Publikationsgesetz (PublG)

Antrag der Redaktionskommission vom 28. Oktober 2015

5134b

Sonja Rueff (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat im Rahmen der Prüfung folgende Änderungen vorgenommen: In Paragrafen 3 und 6 wurden unserer Meinung nach lediglich geringfügige Änderungen in grammatikalischer und orthografischer Hinsicht vorgenommen. Paragraf 14 wurde angepasst, weil der Kantonsrat in der ersten Lesung einem Minderheitsantrag zugestimmt hat, welcher das Wort «oder» in Absatz 1 durch «und» ersetzt hat. Dies hätte die Konsequenz gehabt, dass beispielsweise die a-Vorlage einer Kommission, die heute informationshalber im Amtsblatt publiziert wird, neu auch in der OS (*Offizielle Gesetzesammlung*) erscheinen würde. Dies entspricht kaum der Absicht des Gesetzgebers. In Paragraf 6 ist bereits aufgeführt, was in die OS kommt. Die Redaktionskommission hat Paragraf 14 angepasst.

In Paragraf 14 Absatz 2 wurde eine Änderung vorgenommen, die unserer Meinung nach der Klarstellung dient. Die weiteren Änderungen in Paragrafen 20 und 25 sind geringfügige Anpassungen. Im VRG (*Verwaltungsrechtspflegegesetz*) Paragraf 21b wurde auch nur eine geringfügige Anpassung vorgenommen. Die Redaktionskommission beantragt Ihnen gemäss der Vorlage Beschluss zu fassen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es ist ein neues Gesetz mit 28 Paragrafen, die in verschiedene Abschnitte eingeteilt sind. Ich bitte Sie, sich zu melden, wenn Sie zu einem Abschnitt das Wort haben möchten, ansonsten würde ich bis 12 Uhr die Paragrafen herunterlesen.

Detailberatung

- 1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen*
- 2. Abschnitt: Amtliche Publikationsorgane*
- 3. Abschnitt: Behördenverzeichnis*
- 4. Abschnitt: Datenschutz und Einsichtnahme*
- 5. Abschnitt: Gebühren*
- 6. Abschnitt: Schlussbestimmungen*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Anhang

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 112 : 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Publikationsgesetz gemäss Vorlage 5134b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

20. Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten

Postulat Céline Widmer (SP, Zürich), Res Marti (Grüne, Zürich) und Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg) vom 23. März 2015

KR-Nr. 94/2013

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Hans Peter Häring hat an der Sitzung vom 29. Juni Antrag auf Diskussion gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Céline Widmer (SP, Zürich): Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass es nicht nur aus gleichstellungspolitischer Sicht wichtig ist, dass Frauen angemessen in Führungspositionen vertreten sind. Sie wissen alle, dass es auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, Frauen nach langen und teuren Ausbildungen mit hochwertigen Studienabschlüssen in der Arbeitswelt zu halten und sie auch in Kaderpositionen einzusetzen.

Mit der vorliegenden, in ein Postulat umgewandelten Motion bitten wir den Regierungsrat zu prüfen, wie in Strategie- und Aufsichtsgremien der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürich eine Vertretung von Frauen und Männern von mindestens 30 Prozent erreicht werden kann.

Nach wie vor sind Frauen in den Führungsebenen stark untervertreten: In der Schweiz waren 2014 lediglich 6 Prozent der Mitglieder von Geschäftsleitungen weiblich, innerhalb von Verwaltungsräten waren es

knapp 14 Prozent. Auch in den meisten selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürich sind Frauen stark untervertreten: Beim EKZ-Verwaltungsrat sind es beispielsweise drei von 15 Mitgliedern, beim Bankrat eine von 13, beim Uni-Spitalrat und beim KSW (*Kantonsspital Winterthur*) je zwei von neun, und beim Universitätsrat zwei von sieben. Nur bei der Gebäudeversicherung, beim Fachhochschulrat und der BVS (*BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich*) sind Frauen nicht untervertreten.

Ganz allgemein gilt: Ein Zuwachs der Frauen in Kaderpositionen könnte vielfältige positive Wirkungen auf die Gesamtproduktivität der Wirtschaft haben. Der Bundesrat schlug daher im Rahmen der Revision des Aktienrechts Zielwerte für die Vertretung beider Geschlechter in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung grosser börsenkotierter Gesellschaften vor. Dies ist übrigens keine so wahnsinnig visionäre Idee: Der Deutsche Bundestag hat kürzlich eine feste Frauenquote von 30 Prozent für börsennotierte Unternehmen beschlossen.

Natürlich ist eine höhere Vertretung von Frauen in Führungspositionen nur ein wichtiges Ziel unter vielen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Und natürlich gibt es neben den Regelungen zur Besetzung von Verwaltungsräten weitere Faktoren, die ebenso wichtig sind. Ich denke zum Beispiel an ein ausgebautes Kinderbetreuungsangebot.

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürichs haben wir die Möglichkeit – und ich meine auch die Verantwortung –, etwas zu tun, damit das Potential der Frauen in der Wirtschaft besser genutzt wird. Wir wären damit auch nicht völlig alleine:

Der Bund verfolgt eine Geschlechterquote von 30 Prozent bei den Verwaltungsräten der bundesnahen Betriebe wie der SBB oder der Post. Auch der Kanton Basel-Stadt hat bereits eine Geschlechterquote für Strategie- und Aufsichtsgremien von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Unternehmen eingeführt.

Der Regierungsrat ist bereit, die vorliegende Motion als Postulat entgegenzunehmen. Das ist sehr erfreulich. Ich interpretiere das so, dass es auch unsere Regierung wichtig findet, dass mehr Frauen in den Verwaltungsräten der öffentlich-rechtlichen Anstalten vertreten sind und dass der Regierungsrat bereit ist, nach Möglichkeiten zu suchen, um dies zu fördern.

Bitte ermöglichen Sie dies, und überweisen Sie das Postulat. Ich danke Ihnen.

Roland Scheck (SVP, Zürich): Ich habe das Votum zu diesem Votum zu diesem Vorstoss soeben von Claudio Zanetti geerbt, und nach dem Durchlesen, das ist jetzt der Fall, muss ich sagen ... (*Ratspräsidentin Theresia Weber unterbricht*).

Ratspräsidentin Theresia Weber: Entschuldigung Herr Scheck, ich gebe Ihnen noch etwas Zeit, um das durchzulesen. Herr Häring kommt zuerst, er hat Diskussion verlangt.

Hanspeter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Für die EDU ist es entscheidend, dass die fähigsten und erfahrensten Leute in diese Gremien gewählt werden. Dabei spielt für uns das Geschlecht keine Rolle. Allein die Qualifikation muss massgebend sein. Die Postulanten berufen sich auf die 30-Prozent-Regelung in Deutschland. Müssen wir denn alles nachmachen, was Deutschland macht? Die EDU wehrt sich gegen die Festlegung von Quoten. Fähigkeiten sollen entscheiden und nicht das Geschlecht. Das beste Beispiel ist unsere Regierung mit einem weit über 30-prozentigen Anteil von Frauen.

Wir werden das Postulat nicht unterstützen.

Roland Scheck (SVP, Zürich): Es ist nun durchgelesen, und ich muss sagen, das braucht also schon starke Nerven, um hier eine sachliche Stellungnahme abzugeben. Es wäre ja noch spannend, um hier zu sehen, wie Claudio Zanetti dieses Gesellenstück gemeistert hätte.

Nun beginnen wir mal von hinten mit dem letzten Satz: Da steht als Begründung, «diese Quelle könnte für potenzielles Wirtschaftswachstum noch besser ausgeschöpft werden». Ich gehe einmal davon aus, mit dem Wort «Quelle» sind die Frauen gemeint. Sie wollen also die Frauen ausschöpfen. Also ich muss sagen, diese Begründung ist schon noch bemerkenswert für eine Partei, die den Kapitalismus überwinden möchte und das Nullwachstum predigt. Aber wenn es gerade passt, will man nun plötzlich Wirtschaftswachstum generieren, und ein nächstes Mal dann wieder das Gegenteil.

Dann wird hier in der Belehrung, weshalb wir Frauenquoten bräuchten, noch auf den Kanton Basel-Stadt verwiesen. Ich muss Ihnen aber sagen, diesen Kanton sehe ich eigentlich nicht als Vorbild für den Kanton Zürich, und auch der Verweis auf Deutschland ist nicht unbedingt die Massgabe, denn nicht jeder Unsinn, der in Deutschland gemacht wird, und vielleicht ja für die Deutschen gut sein mag, ist auch gut für die Schweizerinnen und Schweizer.

Aber jetzt zu den Frauenquoten: Ich habe einmal, von einer Frau übrigens, den folgenden Satz gehört: «Quoten sind der Leistungsausweis der Nichtsköner.» Damit sind wir bei einem ganz wichtigen Punkt. Sie wollen mit Ihrem Vorstoss, nicht auf die Eignung der Menschen abstellen, sondern auf deren Geschlecht. Sie wollen das Geschlecht zum Kriterium machen, und das ist verwerflich und das ist auch verfassungsrechtlich höchst problematisch. Das erstaunt dann doch etwas, dass der Regierungsrat so etwas auch noch entgegennehmen will. Die Eignung eines Menschen muss massgebend sein, meine Damen und Herren. Die Eignung, die Kompetenz. Aber das Geschlecht ist definitiv kein Eignungskriterium. Das Geschlecht ist keine Qualitätsmerkmal oder ein Leistungsausweis. Einfach Frau zu sein, ist kein Fähigkeitszeugnis, und deshalb lehnen wir dieses Relikt aus einer längst vergangenen Zeit ab.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Die Grünliberalen wollen, dass die Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten so besetzt werden, dass beide Geschlechter zumindest mit 30 Prozent darin vertreten sind. Der Regierungsrat ist bereit, die von uns als Motion miteingereichte Forderung als Postulat entgegenzunehmen, was wir sehr begrüßen. Und wir freuen uns über diese Bereitschaft. Der Kanton kann hier eigenständig agieren. Er soll eigenständig eine, wenn nicht Vorreiterrolle – denn diese ist schon vergeben –, wenigstens eine Vorbildrolle wahrnehmen.

Eigentlich ist klar: Mit der grossen Anzahl ausgezeichnet ausgebildeter Frauen und dem Bewusstsein darum, dass Diversity ein Erfolgsfaktor ist, ist eine solche Forderung ja fast schon obsolet, denn es führt kein vernünftiger Weg an einer angemessenen Berücksichtigung beider Geschlechter vorbei. Und gross zu prüfen ist eine solche Forderung ja eigentlich auch nicht. Aber es geht hier darum, das richtige und zeitgemässe Signal zu setzen.

Damit muss aber auch gesagt werden, dass auch wir als Wahlgremium für diverse dieser Gremien diese Aufgabe selber, unabhängig von der Überweisung dieses Postulats wahrzunehmen haben und nicht einfach auf eine Regelung warten sollen. Und wir oder eben die SP hat das ohne Not nicht immer getan. Ich erinnere an die Nomination für den Bankrat (*Bankrat der Zürcher Kantonalbank*), über die wir kürzlich erst gerade beschlossen haben.

Uns Grünliberalen ist wichtig: Mit diesem Vorstoss wird die Privatindustrie nicht getroffen. Wir greifen also nicht in die Wirtschaftsfreiheit ein, denn wir sind solchen Eingriffen gegenüber, wenn es um die

Rekrutierungsprozesse und um die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen geht, sehr skeptisch eingestellt.

Wir wissen auch, dass eine Quote von 30 Prozent für beide Geschlechter bei öffentlich-rechtlichen Anstalten ohne Schwierigkeiten wird umgesetzt werden können, wenn die Leitlinien so gesetzt sind, denn es sind mehr als genügend qualifizierte Frauen auf dem Markt, denken Sie nur an die hohe Zahl an hervorragend qualifizierten Hochschulabgängerinnen. Es ist also opportun, dass der Kanton mit gutem Beispiel vorangeht und eine moderate Geschlechterquote von 30 Prozent einführt.

Gerade bei diesen Anstalten, über die wir dann reden werden, sind die Eingriffe in die Rekrutierungsprozesse ja bereits dermassen gross – wir denken an die ZKB – und dermassen von politischen Spielen geprägt, dass eine Geschlechterquote kaum als zusätzlich problematischer Eingriff zu werten ist. Bitte unterstützen Sie dieses Postulat aus Überzeugung.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich wollte auch unterstützen und versuche verzweifelt die Frauen auf der Rednerliste. Ich habe eine gefunden, Laura Huonker, sie hat das Wort.

Laura Huonker (AL, Zürich): Also, erstmal möchte ich sagen, ich finde die Frauenquote tatsächlich etwas sehr, sehr Widerliches, und trotzdem werde ich ausführen, warum ich aus Sicht der Alternativen Liste und persönlich diesen Vorstoss unterstützen möchte. Es geht auch nicht unbedingt nur um die Quote, sondern dass in höheren Führungsetagen sehr wenig bis keine Frauen sind. Und diese Ungleichheit beginnt bei der internen Weiterbildung, durch Doppelbelastung von Familie und Beruf. Weiter bilden Männer Seilschaften. Und diese Hürden zu knacken, ist etwas vom Schwierigsten. Und wo Frauen eine Mehrheit bilden, sinkt der Wert der Arbeit.

Also, zugegeben, die Frauenquote ist nicht schön. Trotzdem scheint sie nötig zu sein, sie hilft Vorbilder zu schaffen, schneller zu etablieren, damit unsere Gesellschaft ihre Einstellung ändern kann, wenn weibliche Führungskräfte nicht mehr die Ausnahme sind. Unsere nächste Generation wird nicht einfach so neue Chefinnen hervorbringen. Noch sind die Rollenerwartungen tief verwurzelt, dass die Frau zum Kind gehört und der Mann für das Einkommen sorgt.

Der Bundesrat hat die Geschlechterquote von 30 Prozent in bundesnahen Betrieben 2014 beschlossen und gibt sich bis 2020 Zeit für die

Umsetzung. Die Quote ist also schlicht ein politisches Instrument gegen Barrieren in den Köpfen, bei Frauen wie bei Männern.

Der Wandel für ausgeglichene Geschlechtervertretung in Führungsgremien passiert nicht einfach von alleine, und bis heute sehr langsam. Und aus evolutionärer Sicht nochmal: Die Quotenregelung ist nicht schön, aber wir sollten sie tun. Nur Männer, nicht gut, nur Frauen, auch nicht gut. Gemischte Führungsteams sind erwiesenermassen kreativ.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil): Die Einführung einer Geschlechterquote in den Strategie- und Aufsichtsgremien der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten des Kantons Zürich löst bei der CVP gemischte Reaktionen aus. Richtig ist, dass Frauen in diesen Anstalten untervertreten sind. Richtig ist auch, dass diese Anstalten eine gewisse Vorbildfunktion auch für die Privatwirtschaft haben. Richtig ist, dass der Kanton Basel-Stadt als erster Kanton der Schweiz eine Geschlechterquote für seine Anstalten eingeführt hat. Richtig ist ferner, dass gemischte Teams erfolgreicher sind und dies befruchtend auf Unternehmen wirken kann. Und richtig ist auch, dass es die CVP sehr begrüssen würde, wenn mehr qualifizierte Frauen in diesen Anstalten Einsitz nehmen würden.

Trotzdem möchte die CVP keine Geschlechterquote bei den Anstalten des Kantons Zürich einführen. Die CVP möchte keine Quotenfrauen und auch keine Quotenmänner. Massgebend soll einzig die jeweilige Qualifikation für die Berufung sein. Im Kanton Zürich gibt es genügend qualifizierte und kompetente Frauen und Männer. Begabung kennt schliesslich kein Geschlecht.

Es sei nur darauf hingewiesen, dass die CVP-Nationalratsdelegation aus dem Kanton Zürich zu 100 Prozent aus Frauen besteht. Das ist gut so. Eine Quotendiskussion war nie ein Thema. Nur so nebenbei: Auch in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) hat es eine Frauenmehrheit. Auch das ist gut so.

Die CVP möchte die Rahmenbedingungen verbessern, damit auch Frauen sich für solche Strategie- und Aufsichtsgremien zur Verfügung stellen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Förderung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie zum Beispiel Kinderbetreuung, Jobsharing, flexible Arbeitszeiten auch im Kader. Eine staatlich fixierte Quote schießt deutlich am Ziel vorbei und ist schlussendlich kontraproduktiv.

Die CVP unterstützt auch die in ein Posutlat umgewandelte Motion daher nicht.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Auch unsere Fraktion nimmt die Unterrepräsentation von Frauen in Führungsgremien ernst. Wir sind jedoch gegen eine Einführung einer Geschlechterquote. Mit der Zunahme von weiblichen Matura- und Hochschulabsolventinnen und der sich verändernden Gesellschaft – immer mehr Frauen steigen auch nach der Babypause wieder ins Berufsleben ein – wird sich auch die Verteilung von Mann und Frau in Führungsgremien auch ohne Quoten verändern.

Liebe Frauen, Ihr habt doch eine Quotenregelung gar nicht nötig. Ihr überzeugt mit der Qualität eurer Arbeit. Arbeitgeber, die dies noch nicht bemerkt haben, werden es noch merken. Der Schillingreport, eine Analyse der Verwaltungsratszusammensetzung von börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz, zeigt auf, dass der Frauenanteil in den Verwaltungsräten in den letzten Jahren angestiegen ist. Auch ohne Quoten.

Wollen Sie, dass wir im Bildungswesen auch eine Quote einführen? In der Volksschule unterrichten je nach Stufe 90 Prozent Frauen, und diese Frauen machen einen guten Job. Bräuchte es hier auch eine Quote, eine Männerquote?

Wir appellieren an die Entscheidungsträger der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Führungsgremien, sowohl Frauen wie Männer zu berücksichtigen. Dies soll jedoch ohne Quoten geschehen. Die BDP lehnt das Postulat ab.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Es gibt wohl kaum ein grösseres Parlament, das sich noch nie mit dieser Frage beschäftigt hat. Es wurde und wird wohl auch heute – wir haben es bereits gehört – viel gesagt und geschrieben über die Vor- und Nachteile von Quoten. Wir kennen jetzt alle die Argumente dafür und dagegen.

Wichtig in der ganzen Diskussion sind aber lediglich zwei Dinge: Erstens ist es unbestritten, dass eine ausgewogene Vertretung beiderlei Geschlechter in einem Aufsichts- oder Strategiegremium zu einer umfassenderen Beurteilung der Lage und den möglichen zu treffenden Massnahmen führt. Dieser Umstand, dass eine ausgewogene Besetzung dieser Gremien eine weitere Sicht ermöglicht, lässt sich nicht wegdiskutieren.

Zweitens: Es ist aber auch Fakt, dass wir nach wie vor ein massives Ungleichgewicht in den Strategie- und Aufsichtsgremien haben. Wir können jetzt schimpfen darüber. Wir können staatlich verordnete Quoten ablehnen, wir können lamentieren, wir können sagen, dass die

Frauen sich halt mehr engagieren sollen und die guten Frauen ja in den Gremien bereits vertreten sind. Nur, das alles bringt die angestrebte Verbesserung nicht.

Wir werden wieder einmal an anderer Stellen schimpfen und lamentieren. Hier wollen wir handeln, einen klaren Schritt zur Verbesserung dieser Gremien tun und diese unbefriedigende Situation angehen. Die Fraktion der Grünen und der CSP unterstützt deshalb dieses Postulat.

Alex Gantner (FDP, Maur): Wir sind schon etwas erstaunt, dass der Regierungsrat bereit ist, auf diese «Quoten-Wohlfühl-Welle» aufzuspringen. Die FDP-Fraktion wird dieses Postulat nicht überweisen, denn Geschlechterquoten oder generell Quoten sind schlechthin ein nicht unwesentlicher und nicht zu unterschätzender Eingriff in die Marktmechanismen.

Eine weitere Regulierung wird von den Postulantinnen und dem Postulanten gefordert. Neue Zwänge mit einer mindestens 30-prozentigen Geschlechterquote sollen geschaffen werden. Die zum Wahlzeitpunkt Bestqualifiziertesten, die Motiviertesten und diejenigen, die als Ergänzung in ein Gremium passen, sollen in den verantwortungsvollen Strategie- und Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten Einsitz nehmen. Weder Quotenfrauen noch Quotenmänner.

Ohne Quotenregelung haben bereits zwei namhafte Entscheidungsgremien sogar eine Frauenmehrheit. Erstens der Bundesrat – ja man soll sich daran wieder einmal erinnern (*zwischen 2010 und 2012*) – und zweitens auch die FDP-Fraktion gegen Ende der letzten Legislatur.

Die Postulantinnen und der Postulant sind wenigstens konsequent: Mit zwei Frauen und einem Mann, also zwei Dritteln und einem Drittel, halten sie sich vorbildlich an den Inhalt der Forderung. Aber die Argumentationslinie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen ist beschämend und entwürdigt jede Person, die bis anhin und heute in der Verwaltungsräten und Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten Einsitz nimmt. Die Gesamtproduktivität und das von der SP und von den Grünen sonst verteufelte Wirtschaftswachstum könne noch gesteigert werden, der Quoten wegen. Nein, wenn etwas im Argen liegt und Unternehmen, auch staatliche, hemmt, dann ist es die Überregulierung, dann ist es die Bürokratie, dann sind es die Gleichmacherei und die immensen Subventions- und Umverteilungsmechanismen. Es sind nicht irgendwelche Geschlechter- oder andere Quoten.

Hochaktuell konnte man am vergangenen Samstag der Presse entnehmen, ein Stimmungstief sei in den schweizerischen Verwaltungsräten

auszumachen. Mehr Druck von Aktionären – das ist nachvollziehbar, denn diese sind ja eigentlich auch die Eigentümer der Gesellschaft –, mehr Bewusstsein über die rechtliche Verantwortung – auch das ist gut – und wesentlich mehr Regulierung – Minder (*«Abzocker-Initiative» von Thomas Minder*) sei Dank – seien mühsam und lenkten ab vom eigentlichen Kernauftrag eines Verwaltungsrates und demotivierten. Die Befindlichkeit ist auf einem Tiefpunkt, und mit Quoten, wie sie der Bundesrat andenkt, was auch in der Begründung angeführt wird, droht noch mehr Regulierung, droht noch mehr Einengung des Handlungs- und vor allem des Gestaltungsspielraums. Und genau dies ist schädlich für die Produktivität und das Wirtschaftswachstum.

Orlando Wyss (SVP, Dübendorf): Ich habe mir das Postulat auf der Zunge zergehen lassen und mich gefragt, wie glaubwürdig die Sozialdemokratische Partei eigentlich politisiert.

Ich erinnere daran – Benno Scherrer hat es angesprochen –, hier wurde ausdrücklich der Bankrat als Gremium genannt, welches auch so zusammengesetzt sein sollte. Ich erinnere an die letzthin vorgenommenen Bankratsersatzwahlen. Da hatte die SP drei Kandidaten zur Verfügung, zwei Männer und eine Frau. Alle drei sind von der FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) als fähig erachtet worden. Die Frau, Doktor Andrea Kennel, war Präsidentin der SP Dübendorf, langjährige Gemeinderätin, Unternehmerin, also für das Amt sicher befähigt. Und ausgerechnet die SP, welche hier ein solches Postulat anbringt, schafft es, diese Frau zu übergehen, einen Mann zu portieren und macht sich mit einem solchen Postulat nichts anderes als lächerlich.

Was passiert ist. Die langjährige Präsidentin der SP Dübendorf politisiert immer noch im Gemeinderat Dübendorf, jetzt als parteilose, denn sie hat gemerkt, mit der Glaubwürdigkeit dieser Partei kann sie sich nicht mehr identifizieren, und darum spricht das Postulat eigentlich für sich. Ich werde dieses Postulat natürlich ablehnen.

Céline Widmer (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Dass die SVP den Teufel an die Wand malt wegen einer solchen Motion, die ja jetzt nur noch ein Postulat ist, also lediglich so aufgefasst werden kann, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie der Frauenanteil in solchen Gremien erhöht werden kann, und dass die SVP das ganz schlimm findet, das kann ich ja noch nachvollziehen. Dass die FDP uns vorwirft, es sei beschämend gegenüber den Frauen, die schon in solchen

Gremien vertreten seien, das kann ich hingegen nicht nachvollziehen, und diesen Vorwurf möchte ich auch nicht stehen lassen.

Ich darf Sie daran erinnern, dass unter anderem die FDP Frauen einmal öffentlich Frauenquoten gefordert haben, weil auch sie zum Schluss gekommen sind, dass es ohne leider nicht geht.

Dass man uns jedes Mal sagen wird, dass wir Frauen diesen Vorstoss doch nicht nötig hätten, Stefan Hunger, auch damit habe ich mich abgefunden, Sie dürfen mir das nächstes Mal auch wieder sagen. Trotzdem werden wir nicht locker lassen.

Auch den Verweis auf den Schillingreport ist etwas schwach. Natürlich, das sagen jetzt alle, die Vertretung der Frauen in diesen Führungspositionen hat zugenommen, aber, meine Damen und Herren, die Zunahme ist minim, und sie ist unterdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Ländern. Das möchte ich noch anfügen, ich denke, es ist nicht so eine dramatische Sache, wie Sie das jetzt darstellen. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu überweisen. Vielen Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Nur kurz zu Céline Widmer: Die Fraktion, die ein solches Postulat fordert – und das hat Orlando Wyss nicht erwähnt –, hatte die Aufgabe einen Bankrat zu ersetzen, oder ganz genau, eine Bankrätin. Sie hatten also nicht nur die Chance eine Frau zu wählen, sondern Sie haben sogar eine Frau mit einem Mann ersetzt. Und das denke ich, macht diese Partei unglaubwürdig mit diesem Vorstoss. Das ist sogar ein Eingeständnis, dass diese Quote gar nicht funktioniert und gar nicht umsetzbar ist. Denn die Vertreter dieser Partei haben gesagt, der Mann ist besser als die Frau, wir nehmen den Mann. Das ist Fakt, das wurde gesagt, und ich denke, das ist das beste Argument, um dieses Postulat zu entkräften. Und eigentlich müssten mindestens diese Leute in der SP, die das gesagt haben, in der Konsequenz dieses Postulat nicht überweisen.

Barbara Bussmann (SP, Volketswil): Ich möchte noch etwas entgegen zu den Voten von Orlando Wyss und Hans Egli: Es ist richtig, unsere Fraktion hat diesbezüglich versagt. Und genau darum braucht es diese Quote. Wir haben sie in unser Fraktionsreglement eingebaut ... (*Zwischenrufe*). Darf ich Sie bitten, mir auch zuzuhören, wir haben Ihnen auch zugehört.

Wir haben diese Quotenregelung in unser Reglement aufgenommen, weil wir eben sehen, dass es nicht reicht, wenn man nur will. Man muss es auch tun. Und so ein Fall könnte bei uns jetzt nicht mehr vorkommen, und wir finden, dass müsste auch bei den anderen Parteien

so sein. Es reicht nicht, nur zu wollen, dass Frauen anteilmässig wenigstens zu einem Drittel vertreten sind. Man muss es tun, man muss so wählen, und darum braucht es den Druck dieser Quote, die ich auch nicht mag, die aber notwendig ist. Die Situation, die wir jetzt haben, zeigt, dass sich nichts ändert oder viel zu wenig ändert, wenn wir nicht wirklich konkret etwas tun.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Frau Ratspräsidentin, Frau Vizeratspräsidentin, Frau Bussmann, Herr Regierungspräsident, geschätzte Damen und Herren, liebe SP-Frauen, geschätzte Céline Widmer. 1931 hat ein ganz berühmter Schriftsteller, neben Kurt Tucholsky und Alfred Andersch – das wird mir immer von der Linken vorgeworfen – mein Lieblingsschriftsteller, Erich Kästner, etwas ganz Interessantes und sehr Richtiges geschrieben in seinem «Fabian». Ich erlaube mir das zu zitieren: «Es lebe der kleine Unterschied.» Ich danke Ihnen.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 63 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 94/3015 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Fraktionserklärung

Erklärung der Fraktionen der SP, Grünen, BDP, GLP, EVP und AL zur Klima-Konferenz in Paris

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung zum Thema «Griffiger Klimaschutz – Jetzt».

Am letzten Samstag demonstrierten weltweit über 600'000 Personen in rund 150 Ländern für eine aktive und wirksame Klimapolitik – in Zürich waren es gegen tausend Personen. Sie setzten ein starkes Zeichen für die UN-Klimakonferenz in Paris, wo ein neues Abkommen

mit verbindlichen Klimazielen für alle 196 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention vereinbart werden soll.

Die Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels werden weltweit immer sichtbarer, so verschwinden hierzulande unsere Gletscher; die Schneefallgrenze steigt immer höher. Die Wissenschaftler des Weltklimarats, IPCC, rechnen uns vor, dass die Temperaturzunahme auf maximal 2 Grad Celsius beschränkt werden muss, um die Menschheit vor katastrophalen Folgen wie Extremdürren, Nahrungsmittel- und Trinkwasserknappheit zu verschonen. Dazu müssen die CO₂-Emissionen innerhalb von wenigen Jahrzehnten massiv reduziert werden.

Leider hat die Schweiz bis jetzt ein ungenügendes Emissions-Reduktionsziel beim UNO-Klimasekretariat eingereicht. Es liegt ausserhalb des notwendigen Absenkpades für Treibhausgase und verstösst somit gegen das im Schweizer CO₂-Gesetz verankerte 2-Grad-Ziel. Die Schweiz versucht als eines von ganz wenigen Ländern noch immer, echte inländische Reduktionen durch gekaufte Reduktionen im Ausland zu ersetzen. Das ist moralisch, aber auch wirtschaftlich falsch. Mit der Reduktion von Emissionen im Inland werden Investitionen in die inländische Wirtschaft und Wissenschaft ausgelöst und gleichzeitig die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger aus politisch instabilen Regionen reduziert.

Der Kanton Zürich ist als einer der weltweit führenden Forschungs-, Finanz- und Wirtschaftsstandorte besonders daran interessiert, auch künftig bei der Entwicklung und Anwendung von Technologien gegen den Klimawandel an vorderster Front mitzukämpfen. Unsere Hochschulen bilden Spitzenforscherinnen und -forscher aus, die in den notwendigen Disziplinen wichtige Beiträge leisten – umso blamabler ist die zögerliche Position der Schweizer Politik.

Wir fordern, dass sich die Schweizer Delegation in Paris für ambitionierte Klimaziele einsetzt, die eine verheerende Erwärmung wirklich verhindern können. Die Schweiz hat die idealen Voraussetzungen, um als Vorreiterin und nicht als Verhinderin in die Geschichte der Klimaverhandlungen einzugehen. Dem Kanton Zürich kommt hier eine Vorbildrolle zu. Es gibt keine Alternative zum Klimaschutz!

Persönliche Erklärung

Persönliche Erklärung von Martin Arnold zur Fraktionserklärung zur Klima-Konferenz in Paris

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Frau Joss hat uns soeben wortreich erklärt, was am Samstag in diesem Kanton stattgefunden hat. Der Kanton Zürich zählte am 31. Dezember 2014 1,446 Millionen Einwohner. 1000 Personen haben an dieser Demonstration teilgenommen. 1,445 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner dieses Kantons – dazu gehöre auch ich – haben an dieser Demonstration nicht teilgenommen. Ich bitte das so festzuhalten. Besten Dank.

Rücktrittserklärungen

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Beatrice Krebs, Schlieren

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es ist ein Rücktrittsgesuch eingegangen. Kantonsrätin Beatrice Krebs, Schlieren, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraf 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind. Ich beauftrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr


Zürich, den 30. November 2015

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 7. Dezember 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	--	
Geschäfts#:	nicht vorbereitet	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 08:21:19	
JA:	59	
NEIN:	92	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	29	
Total Stimmen:	151	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
130	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	--
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	--
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	--
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	--
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
179	Pfister	Ulrich	SVP	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	--
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	--
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	--
125	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	--
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Wahl eines Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit	
Geschäfts#:	KR-Nr. 294/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 08:35:24	
JA:	55	
NEIN:	104	
Enthalten:	4	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	--
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
130	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	ENTHALTEN
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	ENTHALTEN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
179	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	--
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	ENTHALTEN
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
125	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	ENTHALTEN
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Wahl eines Präsidenten der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit	
Geschäfts#:	KR-Nr. 294/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 08:37:04	
JA:	104	
NEIN:	44	
Enthalten:	18	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	ENTHALTEN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	ENTHALTEN
181	Erni	Jonas	SP	ENTHALTEN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	ENTHALTEN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	ENTHALTEN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	ENTHALTEN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	ENTHALTEN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	ENTHALTEN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	ENTHALTEN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	ENTHALTEN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	ENTHALTEN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
179	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	ENTHALTEN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	ENTHALTEN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	ENTHALTEN
002	Steiner	Rolf	SP	ENTHALTEN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	ENTHALTEN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	ENTHALTEN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	ENTHALTEN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) sowie Aufhebung deren Gesetzesbestimmungen	
Geschäfts#:	KR-Nrn. 297b/2013 /	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 08:54:43	
JA:	122	
NEIN:	45	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	13	
Total Stimmen:	167	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
179	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trchsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Berufsbildung stärken und mehr Schutz für Lernende garantieren	
Geschäfts#:	KR-Nr. 170/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 09:24:10	
JA:	39	
NEIN:	29	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	112	
Total Stimmen:	68	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
082	Ackermann	Ruth	CVP	--
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	--
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	--
161	Berger	Antoine	FDP	--
130	Biber	Michael	FDP	--
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	--
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	--
135	Bollinger	Erich	SVP	--
173	Bonato	Diego	SVP	--
111	Borer	Anita	SVP	--
131	Bourgeois	Marc	FDP	--
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	--
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	--
007	Bussmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	--
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	--
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	--
160	Frey	Beatrix	FDP	--
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	--
102	Habegger	Beat	FDP	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	--
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	--
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	--
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	--
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	--
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	--
099	Jäger	Alexander	FDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	--
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	--
178	Langhart	Konrad	SVP	--
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	--
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	--
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	--
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	--
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	--
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
179	Pfister	Ulrich	SVP	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	--
133	Preisig	Peter	SVP	--
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	--
066	Rohweder	Maria	Grüne	--
116	Rueff	Sonja	FDP	--
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	--
134	Scheck	Roland	SVP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	--
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	--
137	Schmid	Stefan	SVP	--
145	Schucan	Christian	FDP	--
100	Schwab	Daniel	FDP	--
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	--
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	--
011	Stofer	Judith Anna	AL	--
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	--
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
125	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	--
158	Vogel	Thomas	FDP	--
107	Vollenweider	Peter	FDP	--
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	--
141	Wyss	Orlando	SVP	--
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	--
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	--
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Verkehr, Verkehrsnetz und Verkehrsinfrastrukturen	
Geschäfts#:	KR-Nr. 196/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 09:35:28	
JA:	60	
NEIN:	0	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	120	
Total Stimmen:	60	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	--
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	--
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	--
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	--
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	--
130	Biber	Michael	FDP	--
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	--
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	--
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	--
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	--
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	--
029	Dünki	Michèle	SP	--
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	--
181	Erni	Jonas	SP	--
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	--
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	--
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	--
142	Furrer	Astrid	FDP	--
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	--
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	--
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	--
065	Heierli	Daniel	Grüne	--
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	--
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	--
067	Homberger	Max Robert	Grüne	--
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	--
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	--
048	Kaeser	Regula	Grüne	--
032	Katumba	Andrew	SP	--
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	--
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	--
010	Langenegger	Tobias	SP	--
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	--
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	--
064	Marthaler	Thomas	SP	--
017	Marti	Sibylle	SP	--
008	Matter	Sylvie	SP	--
061	Meier	Esther	SP	--
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	--
031	Munz	Roland	SP	--
035	Neukom	Martin	Grüne	--
182	Peter	Jacqueline	SP	--
051	Petri	Gabi	Grüne	--
179	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	--
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	--
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	--
116	Rueff	Sonja	FDP	--
019	Sahli	Manuel	AL	--
044	Sarbach	Martin	SP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	--
055	Schaffner	Barbara	GLP	--
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	--
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	--
100	Schwab	Daniel	FDP	--
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	--
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	--
028	Steiner	Rafael	SP	--
002	Steiner	Rolf	SP	--
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	--
184	Straub	Esther	SP	--
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	--
125	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	--
107	Vollenweider	Peter	FDP	--
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	JA
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	--
073	Wirth	Thomas	GLP	--
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	--
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank	
Geschäfts#:	KR-Nr. 245/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 11:12:34	
JA:	91	
NEIN:	79	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
130	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
131	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
123	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
179	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Reglement für den Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank	
Geschäfts#:	KR-Nr. 245/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 11:14:03	
JA:	62	
NEIN:	99	
Enthalten:	9	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	ENTHALTEN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	ENTHALTEN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	ENTHALTEN
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	ENTHALTEN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	ENTHALTEN
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	ENTHALTEN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	ENTHALTEN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
179	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	ENTHALTEN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	ENTHALTEN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Publikationsgesetz (PublG)	
Geschäfts#:	5134b	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 11:19:53	
JA:	112	
NEIN:	41	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	27	
Total Stimmen:	153	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
130	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	--
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	--
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	--
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	--
099	Jäger	Alexander	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	--
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	--
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
179	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	--
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
125	Truninger	René	SVP	--
150	Uhlmann	Peter	SVP	--
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Ausgewogene Besetzung von Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten	
Geschäfts#:	KR-Nr. 94/2015	
Stimm-Datum:	2015.11.30 - 11:52:48	
JA:	63	
NEIN:	100	
Enthalten:	2	
Nicht Präsent:	15	
Total Stimmen:	165	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	--
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
130	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
131	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	ENTHALTEN
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	NEIN
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Krebs	Beatrice	FDP	--
129	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	--
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
123	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	ENTHALTEN
179	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
125	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				